

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 25, Mai 2006

Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder

Florian Alber

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 25, Mai 2006

Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder

Florian Alber

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam

ISSN 1612-6602

Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder.

Dieser Aufsatz verknüpft die komparative Wohlfahrtsforschung mit der traditionellen Einstellungsforschung auf Basis von quantitativen empirischen Erhebungen. Während sich die komparative Wohlfahrtsforschung vor allem mit Entstehung und unterschiedlichen strukturellen Ausgestaltung von Wohlfahrtsstaaten, sowie den daraus resultierenden Effekten beschäftigt, versucht die Einstellungsforschung Meinungen im großen Maßstab zu erheben und anschließend zu erklären. Insbesondere im Anschluss an Esping-Andersens (1990) „Three Worlds of Welfare Capitalism“ wurden bereits einige Versuche unternommen, diese zwei Forschungsstränge zu verbinden (u. a. Svallfors 1997, Arts/Gelissen 2001, Andreß et al 2001/2, Lippl 2000, 2003, Jæger 2005). Diese Studien gehen davon aus, dass sich Wohlfahrtsarrangements und die Einstellungen zu Wohlfahrtskonzepten auf komplexe Weise gegenseitig beeinflussen. Als bestimmendes Ordnungssystem greift der Wohlfahrtsstaat in Lebenszusammenhänge des Einzelnen ein, indem er Ressourcen und Güter umverteilt, neu zuordnet und Lebenschancen ausgleicht. Es ist in modernen westlichen Staaten kaum möglich, ein Leben jenseits des Wohlfahrtsstaates zu führen. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich auf Grund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen, kulturellen Hintergründe und Institutionen bestimmte Unterstützungen entwickeln. So beeinflusst eine Sozialisation in einem konservativen Wohlfahrtsstaat wie Deutschland auch die Einstellungen zum wohlfahrtsstaatlichen Arrangement. Im Rahmen ihrer Sozialisation und ihres alltäglichen Lebens machen Individuen Erfahrungen mit dem Wohlfahrtsstaat, der ihre Einstellungen prägt (Andreß et al. 2001/1: 35). Genauso wie in den Aufbau von Wohlfahrtsstaaten normative Vorstellungen einfließen, gibt der Wohlfahrtsstaat normative Vorstellungen an Individuen weiter. Dabei können sowohl die ursprünglich inkorporierten Wohlfahrtskonzepte in institutionalisierter Form tradiert werden, als auch durch die wohlfahrtsstaatlichen Strukturen andersartige Unterstützung oder Ablehnung entstehen.

An Studien dieser Art wurde kritisiert, dass sie sich meist lediglich auf staatliche Einkommensumverteilung konzentrieren und andere Arten der Wohlfahrtsproduktion unberücksichtigt lassen. So regt Bonoli (2001) an, andere Formen der institutionalisierten Absicherung, wie Arbeitsschutzgesetze oder Arten der Lohnverhandlung, in die Einstellungsforschung mit einzubeziehen. Außerdem kranke die Forschung an einer Konzentration auf staatliche Akteure, andere Arten der Absicherung über Markt oder Familie würden nicht berücksichtigt. Bei der Umsetzung dieser Kritik in verbesserte empirische Forschung mangelt es zwar vor allem an adäquatem Datenmaterial¹, jedoch können meiner Meinung nach auch vorhandene Daten umfassender ausgewertet werden. So beschränken sich die meisten Studien lediglich auf eine Dimension der Wohlfahrtsproduktion (Svallfors 1997, Jæger 2005, Andreß et al 2001/2) oder verwenden lediglich simple Dichotomien meist mit den Polen „Individua-

¹ Vgl. dazu vor allem die Kritik von Ullrich (2000)

lismus-Etatismus“ oder „Markt-Staat“ (Lippl 2000, Liebig/Wegener 1995). Vergleichende Studien mit mehreren Dimensionen (Arts/Gelissen 2001) stellen immer noch eine Ausnahme dar.²

Hier soll versucht werden, mit Hilfe der Daten des International Social Survey Project (ISSP) aus dem Jahrgang 1999 ein erweitertes Spektrum an Wohlfahrtskonzepten aufzustellen und Einstellungen auf innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Ebene zu erklären. Dazu wird zunächst auf vorhandene Zusammenstellungen von Wohlfahrtskonzepten rekurriert, um für die spätere Operationalisierung ein theoretisches Gerüst zu gewinnen.

1 Wohlfahrtskonzepte

Ziel- und wertorientierte Abgrenzungen des Wohlfahrtsstaates orientieren sich an der normativen Ausrichtung sozialpolitischer Maßnahmen. Sozialpolitik umfasst in diesem Fall „zielbewusstes Gestalten und praktisches Wollen“ im Hinblick auf das Soziale (Kaufmann 2002: 73ff). Eine grundlegende Definition findet sich bei Flora et al., die den Wohlfahrtsstaat „durch den relativen Umfang jener sozialstaatlichen Institutionen definiert, die auf Verwirklichung der Ziele von Gleichheit und Sicherheit in Bezug auf die Verteilung wirtschaftlicher Güter und Ressourcen auf der Grundlage von Rechtsansprüchen zielen“ (Flora et al. 1977: 723). Die Definition beschränkt sich auf die allgemein gehaltenen Zieldimensionen „Sicherheit“ und „Gleichheit“ und überlässt die Ausfüllung mit Inhalt dem politischen Prozess. Die „Sicherheit“ bezieht sich dabei auf die gesamte, beziehungsweise durchschnittliche Größe der wirtschaftlichen Güter und Ressourcen. „Gleichheit“ meint die Verteilung dieser Güter unter den Angehörigen einer Gesellschaft (Flora et al. 1977: 722)³. Wohlfahrtsstaaten lassen sich durch diese beiden Begriffe anhand des Ausmaßes unterscheiden, durch das die beiden Zielhorizonte verwirklicht werden sollen. Durch die Rekurrierung auf Zielhorizonte anstelle von konkreten Zielpunkten wird nicht nur die nationale und temporäre Variabilität berücksichtigt, sondern auch der prinzipiellen Offenheit der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung Rechnung getragen.⁴ Zur Aufstellung von Wohlfahrtskonzepten erweisen sich die Begriffe der „Gleichheit“ und „Sicherheit“ als hilfreich. Insbe-

² Verbreitet ist es, normative Fragen mit Fragen nach perzipierter Ungerechtigkeit zu vermengen ohne dies theoretisch zu reflektieren. Wie Bonoli (2001) richtig herausstellt, tragen Fragen mit einer kognitiven Dimension nicht dazu bei, normative Unterschiede zwischen den Ländern herauszuarbeiten. Des Weiteren kann dies zu theoretischer Inkonsistenz führen: So argumentiert Lippl (2000: 9) einerseits, dass das Wohlfahrtsarrangement normative Einstellungen determiniert, gleichzeitig aber auch, dass in Ländern mit größerer Ungleichheit eine größere Ungerechtigkeit wahrgenommen wird.

³ Eine breitere Ausdifferenzierung der Ziele des Wohlfahrtsstaates findet sich bei Goodin et al. (1999). Die Autoren unterscheiden zwischen „economic efficiency“, „reducing poverty“, „social equality“, „social integration“, „social stability“ und „autonomy“. Für unsere Zwecke reichen meines Ermessens die Ziele „Gleichheit“ und „Sicherheit“, die sich als Zusammenfassung der Begriffe von Goodin et al. verstehen lassen. Einzig der Begriff „economic efficiency“ bereitet dabei Schwierigkeiten; Goodin et al. sind sich allerdings selbst nicht sicher, ob der Begriff nicht vielmehr für die Bewertung des Instrumentariums steht, als ein genuines Ziel des Wohlfahrtsstaates zu sein (Goodin et al. 1999: 26).

⁴ Die Rekurrierung auf den Begriff des Horizonts eignet sich auch deshalb, da auf die Unerreichbarkeit von Gleichheit und Sicherheit verwiesen wird. Genauso wie Sicherheit im Hinblick auf eine sich ständig ändernde Umwelt unerreichbar ist, führt auch der Abbau von Ungleichheiten (abstrakter: Differenzen) nicht zur Gleichheit, sondern zu neuen Ungleichheiten (Müller/Wegener 1995: 34).

sondere der Begriff der Gleichheit muss immer mit Inhalten angefüllt werden, um anwendbar zu sein. Das Aristotelische Diktum, das gerecht ist, „wer sich an die Gleichheit hält“ (Aristoteles 2002: 204), ist nutzlos, wenn nicht definiert wird, „wer zu wem gleich ist, welche Güter verteilt werden sollen und was Gleichbehandlung in einem bestimmten Fall bedeutet“ (Hochschild 1981: 51). Neben der Frage nach dem Ausmaß an Sicherheit und Gleichheit tritt die Frage, wie die angestrebten Ziele erreicht werden sollen. Dazu kann auf Beschreibungen des Wohlfahrtsarrangements als Zusammenspiel von Markt, Staat und Familie zurückgegriffen werden (Esping-Andersen 1999: 35). Dadurch ergeben sich zwei Teilfragen, Die erste Teilfrage betrifft die Zieldimension des Wohlfahrtsstaates, die zweite Teilfrage das Wohlfahrtsarrangement und die Wohlfahrtsproduzenten.

- (1) Welche Gleichheit/Ungleichheit und welche Sicherheit soll erreicht werden?
- (2) Wie soll Gleichheit und Sicherheit in einer Gesellschaft erreicht werden?

1.1 Die Zieldimension

Die erste Teilfrage ist eng verknüpft mit der „sozialen Gerechtigkeit“ wohlfahrtsstaatlicher Arrangements, das heißt den normativen Prinzipien zur Verteilung von Gütern in einer Gesellschaft. In der Gerechtigkeitsphilosophie wird behauptet, dass Gerechtigkeit „die erste Tugend sozialer Institutionen [ist], so wie die Wahrheit bei Gedankensystemen“ (Rawls 1994: 20). Man kann guten Gewissens davon ausgehen, dass Individuen bestimmte Vorstellungen von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit haben und auch Wohlfahrtsarrangements nach ihren inhärenten Gerechtigkeitsprinzipien beurteilen. Gerechtigkeit ist der „zentrale moralische Maßstab des sozialen Lebens“ (Cohen 1986: 1), folglich auch zentraler Beurteilungsmaßstab von wohlfahrtsstaatlichen Arrangements. Zur Kategorisierung unterschiedlicher Gerechtigkeitsprinzipien stellen Goodin et al. (1999), Deutsch (1975) und Hochschild (1981) der Analyse dienende Begriffssysteme bereit (Tabelle 1 bietet eine Zusammenstellung).

Tabelle 1: Wohlfahrtskonzepte im Überblick

Zieldimension		Wohlfahrtsproduzenten
Zuschreibung		Markt
Gleichheit der bürgerlichen und politischen Rechte		Staat
Meritokratie/ Leistungsgerechtigkeit	Resultate	Familie
	Investition	
Chancengleichheit		
Bedarf		
Egalitarismus		

Eigene Zusammenstellung unter Verwendung von Deutsch (1975), Goodin et al. (1999), Liebig/Wegener (1995), Hochschild (1981), Flora et al. (1977), Lane (1986), Wegener (1992)

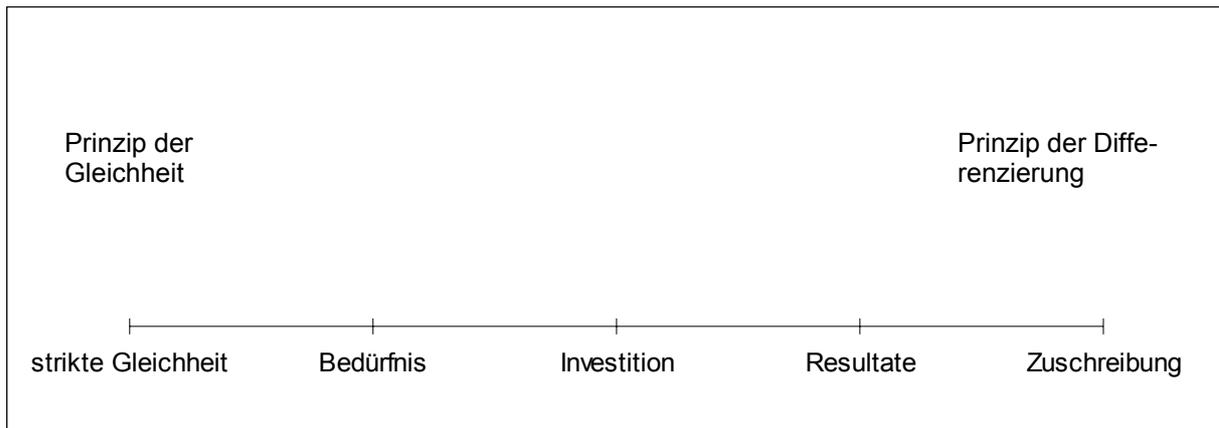
Goodin et al. nennt drei ineinander übergehende Abstufungen von Gleichheit: Gleichheit des Status, Gleichheit der Chancen und Gleichheit der Resultate (Goodin et al. 1999: 29). *Gleichheit des Status* meint als konservativste Interpretation des Gleichheitsbegriffs die Gleichheit der bürgerlichen und politischen Rechte, wie sie erstmals in der Magna Carta und der Bill of Rights schriftlich festgehalten wurden. Eine Umverteilung von Gütern oder eine Risikokollektivierung wird dabei gänzlich ausgeschlossen. Weiter geht die *Gleichheit der Chancen*, die ein Kernelement liberaler Ethik darstellt.

Soziale Ungleichheit in Form von Einkommens- und Statusunterschieden wird ausdrücklich legitimiert. Allerdings soll jeder Mensch mit den gleichen Ressourcen versorgt werden, um unterschiedliche Startbedingungen auszugleichen. Bei genauerem Betrachten zeigt sich, dass Gleichheit der Chancen und *Gleichheit der Resultate* nicht immer klar voneinander getrennt werden können: So gibt es keine Möglichkeit zu überprüfen, ob Ressourcen wirklich gleich verteilt waren, ohne das Augenmerk auf die Gleichheit der Ergebnisse zu legen (Goodin et al. 1999: 29). Zusätzlich wollen Menschen unterschiedliche Ziele erreichen, zu denen jeweils unterschiedliche Ressourcen benötigt werden. Der Übergang von einer Gleichheit der Chancen und einer Gleichheit der Ergebnisse ist also immer fließend und stellt einen ausgehandelten Kompromiss dar, dessen Kontroversität unmittelbares Merkmal des Wohlfahrtsstaates selber ist. Weiter sind auch Quantität und Qualität der zu verteilenden Güter keineswegs durch den Begriff „Gleichheit“ festgeschrieben, sondern umstritten. So stehen meist essentielle Güter wie Ernährung, Kleidung, Wohnung oder Gesundheitsvorsorge im Vordergrund, stärker umstritten sind Güter, die über das Überleben hinausgehen, wie Bücher, Kinobesuche, Fernseher.

Eine ähnliche Trias findet sich bei Deutsch (1975), der die drei Distributionsprinzipien Gleichheit (equality), Leistungsgerechtigkeit (equity) und Bedürfnis (need) unterscheidet (vgl. Arts/Gelissen 2001: 285). Das Prinzip „*Gleichheit*“ ist dabei der Gleichheit der Resultate von Goodin et al. verwandt und meint, dass jedes Mitglied ungeachtet seines individuellen Beitrags zur Wohlfahrt die gleichen Anspruchsrechte erhält. Konsequenterweise ist nach diesem Prinzip jede (sozioökonomische) Ungleichheit als Ungerechtigkeit zu bezeichnen. „*Leistungsgerechtigkeit*“ fordert, dass die erbrachten Leistungen mit den erhaltenen Ansprüchen korrespondieren. Personen, die viel zum Wohlstand einer Gesellschaft beigetragen haben, haben dementsprechend auch höhere Ansprüche – die Leistungsgerechtigkeit wird deshalb auch als *Meritokratie* bezeichnet (Liebig/Wegener 1995: 266). Nach dem „*Bedürfniskonzept*“ werden Ansprüche entsprechend dem individuellen Bedürfnis verteilt; Bedarfsunterschiede beispielsweise bedingt durch Alter oder Krankheit werden in der Ressourcenverteilung berücksichtigt. Häufig ist mit dem Bedürfniskonzept die Versorgung mit einer Minimalausstattung an Ressourcen gemeint, die der Einzelne zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben benötigt (vgl. Andreß et al. 1998: 3). Ein auf diese Weise verstandenes Bedürfnis-Konzept kombiniert mit „*Leistungsgerechtigkeit*“ lässt sich in der „*Gleichheit der Chancen*“ von Goodin et al. wieder finden: Leistungsgerechtigkeit setzt Chancengleichheit voraus, die vor allem durch eine Minimalausstattung an Ressourcen („*Bedürfnis*“) verwirklicht wird.

Hochschild (1981) erweitert das Spektrum auf insgesamt fünf Konzepte (Abbildung 1). Die unterschiedlichen Konzepte sind auf einer Skala angeordnet, die sich auf der linken Seite stärker an Gleichheitsprinzipien orientiert und auf der gegenüberliegenden Seite soziale Unterschiede und Differenzierungen betont. Die strikte Gleichheit und das Bedürfniskonzept stehen so bereits bei Deutsch, das Resultatekonzept entspricht in etwa der Leistungsgerechtigkeit und verteilt soziale Ressourcen nach der Produktivität des Einzelnen, die meist über Marktmechanismen gemessen wird.

Abbildung 1: Gerechtigkeitsnormen nach Hochschild



Quelle: Hochschild (1981: 52)

Eine Bereicherung der bisher diskutierten Zusammenstellungen sind das Investitions- und das Zuschreibungskonzept. Das *Investitionskonzept* bemisst die verteilten Ressourcen, nach dem Beitrag, den der Einzelne in die Gesellschaft investiert. Jeder, der gleiche Investitionen in die Gesellschaft tätigt, soll auch die gleiche Belohnung erhalten, unabhängig von den Ergebnissen der Investition oder dem jeweiligen Bedürfnis (ebd.: 60). Entscheidend sind nicht Leistungen des Einzelnen, also die Resultate, sondern die eingebrachten Investitionsgrößen. Das Investitionskonzept liegt in der Mitte der Skala von Hochschild und tendiert je nach Ausgestaltung in eine der beiden Richtungen, entscheidend sind dafür die jeweiligen Investitionsgrößen, wie Zeit, Anstrengung, Ausbildung, Weiterbildung oder Geld. Zeit, Engagement oder Anstrengung kann jeder Mensch unabhängig von Status oder Besitz aufbringen – werden diese Größen als relevante benannt, tendiert das Investitionsprinzip in Richtung Gleichheit, denn jeder Mensch kann seine eingebrachte Zeit und Anstrengungen individuell kontrollieren und wird allein danach bewertet. Werden Investitionsgrößen angeführt, die bereits ungleich verteilt sind und von vorherigen Handlungen des Individuums abhängen, pendelt das Investitionskonzept auf die rechte Seite der Skala. Bildung oder finanzielle Mittel als Investitionsgrößen sind Beispiele für eine ungleichheitsbetonende Anwendung des Investitionsprinzips. Entscheidend ist jedoch weiterhin die Bedeutung der Investition und nicht der Ergebnisse, die eine Investition mit sich bringt. Das *Zuschreibungskonzept* verteilt Ressourcen nach askriptiven Merkmalen von Personen, wie etwa dem Alter, der Religion, dem Geschlecht oder der Rasse. Soziale Ungleichheit wird beim Zuschreibungskonzept noch stärker betont als bei Konzepten der Statusgleichheit. Auch Vorstellungen von einer „natürlichen Aristokratie“, die als Leistungselite über den restlichen Teil der Bevölkerung herrscht, fallen unter das Zuschreibungsprinzip (ebd.: 70).

1.2 Die Wohlfahrtsproduzenten

Die zweite Teilfrage bezieht sich auf die Wohlfahrtsproduzenten und ihr Zusammenspiel, also auf die jeweils zugesprochenen Aufgaben von Familie, Staat und Marktwirtschaft. Die vorhandene Literatur konzentriert sich dabei häufig auf den Gegensatz von Staat und Markt, meist werden funktionalistische

und etatistische Konzepte unterschieden (Andreß et al. 1998: 6, Wegener 1992: 275, Lane 1986). In dieser Arbeit soll insbesondere auch die Rolle der Familie Berücksichtigung finden.

Hinter dem *Funktionalismus* steht die Idee, Güter und Ressourcen am Markt über Tauschprozesse durch Angebot- und Nachfragemechanismen zu verteilen. Funktionalistische Konzepte bauen auf zwei Gedankengängen auf: (1) Die Verantwortung der Wohlfahrtsproduktion liegt allein beim Individuum, dem das jeweilige Ergebnis kausal zugerechnet wird. Der Einzelne definiert seine eigenen Wohlfahrtskriterien und setzt seine Nachfrage dementsprechend (Kaufmann 2002: 199). Aus diesem Grund wird der Funktionalismus gelegentlich auch als Individualismus bezeichnet (Wegener/Liebig 1995). (2) Es wird davon ausgegangen, dass auf Grund des Konkurrenzprinzips die größtmögliche Effizienz bei der Wohlfahrtsproduktion erreicht wird. Indem der Einzelne seinen eigenen Nutzen verfolgt, dient er der allgemeinen Wohlfahrtproduktion.

Der *Etatismus* setzt den Staat in die Rolle des Wohlfahrtsproduzenten. Hier wird dem Staat die Verantwortung zugesprochen für die Bereitstellung von Wohlfahrt und die Sicherung der Teilhabe des Bürgers an den vorhandenen Ressourcen.⁵ Hinter der Unterstützung für etatistische Wohlfahrtskonzepten steht der Glaube an die Problemlösefähigkeit des Staates. Der Staat greift nicht per se in gesellschaftliche Zusammenhänge ein, sondern nur um Fehlentwicklungen zu korrigieren oder um Probleme zu lösen, die zuvor diagnostiziert wurden. Der Etatismus setzt also im Gegensatz zum Funktionalismus eine normative Komponente voraus. Ein Mangel muss erst als Mangel erkannt werden, um anschließend durch Intervention behoben werden zu können. Dies verweist auf eine enge Verknüpfung des Etatismus mit der Frage nach Art und Ausmaß von Sicherheit und Gleichheit. In der Folge werden staatliche Wohlfahrtsprogramme auch als „institutionalisierte Gerechtigkeitsideologien“ bezeichnet (vgl. Hamann et al. 2001: 951). Funktionalistische Konzepte müssen nicht um jeden Preis mit einer normativen Zielsetzung verbunden werden, denn der Markt erweckt den Eindruck, nach quasi natürlichen Verteilungsregeln zu funktionieren. Eine Präferenz für etatistische Steuerungsmodelle setzt deshalb immer eine Vorstellung von Gleichheits- und Ungleichheitsmaßstäben voraus, während funktional-marktorientierte Modelle sich einem Gerechtigkeitsurteil enthalten können. Eine Präferenz für Etatismus ist deshalb auch meist Ausdruck der Unterstützung für Ungleichheit minimierende egalitäre Konzepte (ebd.: 274).

Die Familie als dritter Wohlfahrtsproduzent führt neben Funktionalismus und Etatismus in der bestehenden Einstellungsforschung zu Wohlfahrtsstaat und Gerechtigkeit meist eine untergeordnete oder gar nicht beachtete Rolle. Zwar ist die Familie unmittelbaren Interventionsversuchen durch den Staat weitgehend entzogen (dieser kann nur sehr indirekt auf steigende Scheidungsraten und sinkende Geburtenraten einwirken), festlegbar ist allerdings, inwieweit Familienmitglieder reziprok für die

⁵ Hier besteht die Gefahr einer Begriffsverwechslung: Unser Begriff des Etatismus als Wohlfahrtskonzept darf nicht durcheinander gebracht werden mit der etatistischen Stratifizierung nach Esping-Andersen (1990: 59). Er bezeichnet damit die Existenz unterschiedlicher Sozialsysteme für staatlich und privat Beschäftigte – ein Charakteristikum seines konservativen Regimetyps (siehe Kapitel 4.2.1). Hier meint „Etatismus“ lediglich die gewünschte staatliche Zuständigkeit bei der Produktion von Wohlfahrt.

Wohlfahrtsproduktion verantwortlich sind, bevor staatliche Leistungen zum Tragen kommen (Esping-Andersen 1990: 27). Hier lassen sich individualistische von familialistisch-subsidiarischen Konzepten (*Familialismus*) unterscheiden. In familialistisch-subsidiaristischen Konzepten, greift der Staat erst ein, wenn die Unterstützung durch die Familie versagt hat, in individualistischen Konzepten wird das Individuum universell und unabhängig von seiner Familienstruktur unterstützt. Zusätzlich betont der Familialismus die Rolle des (meist) männlichen Hauptverdieners, der mit seinem erwirtschafteten Gewinn Wohlfahrtsproduzent für die ganze Familie ist (ebd.). Voraussetzung für familialistische Konzepte ist ein höheres Lohnniveau, da der Lohn des Hauptverdieners für die Versorgung der ganzen Familie ausreichen muss.

Wie oben bereits angedeutet, kann die Zieldimension häufig nicht sauber von den Wohlfahrtsproduzenten getrennt werden. Dies betrifft vor allem die erwähnten etatistischen Konzepte. Während eine Marktsteuerung allein nach der Methode der Verteilung beurteilt wird, stehen bei den etatistischen Konzepten die Ergebnisse im Vordergrund und sind deshalb einer Bewertung nach Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit unmittelbarer ausgesetzt (Wegener 1992: 274). Ebenso gibt es Verwandtschaften zwischen meritokratischen und funktionalen Konzepten. So wird innerhalb funktionaler Steuerungskonzepte häufig davon ausgegangen, dass Gerechtigkeit über den Markt erzielt wird. Dahinter steht die Idee, dass marktkonforme Leistung zu Erfolg führt, und der Markt Handlungen belohnt, die unmittelbar mit den gewünschten meritokratischen Kriterien übereinstimmen. Den Marktteilnehmern wird das Gefühl vermittelt, ihr Schicksal unmittelbar in der Hand zu haben und ihr Selbstinteresse realisieren zu können (ebd.: 274). Die Verbindung von Meritokratie und Funktionalismus ist allerdings nicht so eng, wie die Verbindung von Etatismus und Egalitarismus, denn Etatismus-Anhänger können genauso wie Anhänger des marktfunktionalen Konzepts eine Differenzierung nach Leistung befürworten.

2 Determinanten von Unterstützungen

2.1 Die Makroebene: Wohlfahrtsregimetypologien

Wenn die Analyse der Unterstützung von Wohlfahrtskonzepten nicht auf einer rein deskriptiven Ebene stehen bleiben will, muss überlegt werden, durch welche Determinanten sich Unterstützungen erklären lassen. Wir gehen davon aus, dass sich Einstellungen von Individuen nicht nur *zwischen* den Ländern unterscheiden, sondern dass auch *innerhalb* der Länder Unterschiede bestehen. Zur Erklärung der zwischenstaatlichen Einstellungsvariation wird vor allem auf die Charakteristika der Wohlfahrtsregime nach Esping-Andersen (1990) zurückgegriffen. Da diese in diesem Forschungsbericht bereits ausführlich dargestellt wurden (vgl. zusammenfassend Tabelle 2), beschränken wir uns hier auf das Aufstellen von Hypothesen zu den einzelnen Regimetypen.

Im *liberalen Regimetyp* wird der Markt als Akteur von Verteilungen dem Staat vorgezogen, folglich können wir annehmen, dass in liberalen Staaten vor allem funktionalistische Konzepte Unterstützung finden. Die Freiheit und Eigenverantwortung des Individuums stehen im Vordergrund, auf

der Gerechtigkeitsebene sollte dies zu starken meritokratischen Überzeugungen führen. Trotzdem ist nicht davon auszugehen, dass der Staat gar keine Aufgaben übernehmen soll, für bedürfnisorientierte Programme lassen sich auch in liberalen Wohlfahrtsregimen Unterstützungen vermuten. Als zentrale Konfliktlinie des liberalen Regimes vermutet Esping-Andersen einen Klassenkonflikt (ebd. S. 227 ff.), der sich vor allem an Einkommen und Schichtzugehörigkeit ablesen lassen müsste.

Sozialdemokratische Regime bieten einen universalistischen Wohlfahrtsstaat, der umfassende Absicherung auf der Basis von starker Umverteilung bietet. In der Folge lassen sich Unterstützungen für egalitäre und etatistische Konzepte erwarten. Das sozialdemokratische Regime fokussiert sich auf das Individuum anstelle der Familie, der Familialismus wird deshalb vermutlich abgelehnt. Auch meritokratische und funktionalistische Konzepte dürften wegen des sozialdemokratischen Universalismus wenig Unterstützung finden. Zentrale Konfliktlinien verlaufen entlang der Grenze zwischen öffentlichem und privatem Sektor, bzw. zwischen den Geschlechtern.

Die Tradition des *konservativen Regimes* lässt Zustimmung für meritokratische und etatistische Konzepte erwarten. Der Staat spielt bei der Bereitstellung von Wohlfahrt eine tragende Rolle, allerdings werden Leistungen statuskonservierend auf Basis des vorherigen Verdienst gezahlt. Egalitäre und funktionalistische Konzepte sollten deshalb nur schwach unterstützt werden. Stattdessen erwarten wir eine große Zustimmung zum männlichen Ernährermodell und zu familialistischen Konzepten. Die zentrale Konfliktlinie wird zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen vermutet.

In der Folge auf Esping-Andersens „World of Welfare Capitalism“ wurden Vorschläge gemacht, die Regimetypen weiter aufzuteilen und genauer zu differenzieren. Castles und Mitchell (1993) argumentieren, dass die liberalen Regime zwei Gruppen von Wohlfahrtsstaaten enthalten, und plädieren für die Einführung eines *radikalen Regimetyps*, der Neuseeland und Australien enthält⁶. Der radikale Typus wird von Castles und Mitchell vor allem auf gemeinsame kulturelle und institutionelle Wurzeln zurückgeführt. Auf den ersten Blick gleichen die radikalen den liberalen Staaten: Die Wohlfahrtsausgaben sind gering und Leistungen werden nur bei Bedürftigkeit vergeben. Die Anspruchsberechtigung setzt allerdings früher ein als in liberalen Staaten, nicht nur der ärmste Teil der Bevölkerung zählt zu den Empfängern. Als entscheidenden Unterschied gab es in den radikalen Staaten eine ausgeprägte Arbeiterbewegung, die gute Wahlergebnisse für sozialdemokratische Parteien und starke Gewerkschaften zur Folge hatte (Castles/Mitchell 1993: 118). Die linken politischen Kräfte hatten allerdings einen Gegenpol in einem geeinten rechten Flügel – Macht auf der politischen Ebene und Einfluss auf den Ausbau des Wohlfahrtsstaates war nur schwer zu gewinnen (ebd.: 94f). Die Konzentration der Gewerkschaften lag auf der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern, vor allem im Bereich der Lohnregulierung und Arbeitnehmerrechte. Die radikalen Staaten sind folglich egalitärer als

⁶ Castles und Mitchell zählen auch Großbritannien zum radikalen Typus. Diese Zuordnung wird allerdings von den meisten Autoren nicht aufgegriffen (Lessenich 1995, Esping-Andersen 1999, Svallfors 1997, Art/Gelissen 1999).

liberale Staaten, diese Solidarität ist allerdings begrenzt (wie im konservativen Regime) auf die Arbeitsplatzbesitzer (Svallfors 1997: 285, Arts/Gelissen 2001: 286).

Die Unterstützung für Wohlfahrtskonzepte sollte in den radikalen Staaten ähnlich wie in den liberalen Staaten ausfallen, allerdings lassen sich auf Grund der stärkeren linken Kräfte größere Unterstützungen für egalitäre Konzepte erwarten.

Ein weiterer Vorschlag ist das *rudimentäre Regime*, das sich in südeuropäischen Mittelmeerländern (Italien, Griechenland, Spanien, Portugal) findet, weswegen es auch als mediterranes Regime bezeichnet wird (Leibfried 1992, Ferrera 1996). Der Wohlfahrtsstaat in diesen Staaten gilt als rudimentär, weil er erst relativ spät entstanden ist und Institutionen nicht so stark entwickelt sind wie in den anderen konservativen Staaten. In Spanien, Italien und Griechenland gab es beispielsweise Anfang der 90er Jahre noch kein festgeschriebenes Recht auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen (Leibfried 1992: 253). Im rudimentären Regime gibt es allerdings den politischen Willen den Wohlfahrtsstaat weiter auszubauen. Teilweise wird in den agrarisch betriebenen Staaten von Subsistenzwirtschaft gelebt, Familie und Kirche als Wohlfahrtsproduzenten spielen eine noch größere Rolle als im konservativen Regime. Schließlich herrschen im rudimentären Regime klientelistische Verteilungsstrukturen, da regierende Parteien vor allem ihre eigenen Wählerschichten bedienen (Ferrera 1996:17).

In den rudimentären Regimen lassen sich Unterstützung für etatistische und meritokratische Konzepte erwarten. Der Familialismus dürfte noch stärker als in den konservativen Regimen vertreten werden, da die Familie oftmals als einziger Wohlfahrtsproduzent übrig bleibt, wenn staatliche Institutionen nur rudimentär vorhanden sind.

Als fünfter Typus lässt sich das *ex-sozialistische Regime* identifizieren. Die Staaten, die zur Zeit des kalten Krieges im russischen Einflussbereich lagen, begannen erst nach dem radikalen Systemwechsel zu Beginn der 90er Jahre, wohlfahrtsstaatliche Strukturen nach westlichem Vorbild zu errichten. Während die wirtschaftlichen und politischen Reformen in den unterschiedlichen Ländern relativ schnell vonstatten gingen, schienen sozialpolitische Reformen hinterherzuhinken (Götting 1998, Lippl 2003: 78f). Es ist deshalb nicht möglich, die ex-sozialistischen Staaten unterschiedlichen Regimetypen zuzuordnen (Andreß et al. 2001/1: 39, Roller 1999: 314). Die kulturellen Einflüsse der unterschiedlichen Regimetypen besitzen allerdings eine langfristig wirksame Prägung, die vor allem in der Sozialisation vermittelt wird. Da die Bevölkerung der ex-sozialistischen Staaten die längste Zeit ihres Lebens im Kommunismus gelebt hat, kann man vermuten, dass die sozialistische Prägung Bestand hat und weiterhin eine umfassende Wohlfahrtsversorgung gefordert wird (Roller 1999: 314).

Beim Aufbau des Wohlfahrtsstaates unter sozialistischer Herrschaft lassen sich nur geringe Variationen finden, bis zur politischen Wende zeichneten sich die Staaten des Ostblocks durch relativ ähnliche Wohlfahrtssysteme aus, die als staatspaternalistisch-autoritär bezeichnet werden können (Götting 1998: 57). Das universalistische System garantierte eine umfassende Versorgung und Absicherung „von der Wiege bis zum Grab“ (ebd.), in punkto Dekommodifizierung gingen die sozialistischen Regime noch über die sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime hinaus. Die Grundversorgung

bewegte sich allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau, so dass ohne Subventionierung von Gütern des Grundbedarfs, Mieten, sowie Strom-, Wasser-, und Gaspreisen keine Existenzsicherung möglich gewesen wäre (Andreß et al. 2001/1: 39). Vollbeschäftigung wurde nicht nur angestrebt, sondern selbst um den Preis einer Überforderung der wirtschaftlichen Leistungskraft realisiert (ebd.). Zwar war Sozialpolitik weitgehend in die Betriebe ausgelagert, dennoch besaß der Staat die Monopolstellung im Bereich des Sozialen, da auch das Wirtschaftssystem unter staatlicher Aufsicht stand. Auf Grund der marxistisch-leninistischen Ideologie wurde für geringe Lohnunterschiede zwischen allen Berufsgruppen gesorgt, Privilegien gab es allerdings für Beschäftigte im Partei- und Staatsapparat. Auch andere soziale Unterschiede wie zwischen Vermögen, Bildung und Wohnqualität wurden in den sozialistischen Staaten sehr stark eingeebnet. Ebenfalls wurde auf Geschlechtergleichheit Wert gelegt, es war gewünscht und die Regel, dass Frauen am Erwerbsleben teilnahmen, bei der Kindererziehung gab es finanzielle Unterstützung (Lippl 2003: 79). Es lässt sich deshalb erwarten, dass Unterschiede zwischen den Geschlechtern in ex-sozialistischen Staaten nicht so stark ausgeprägt sind wie in anderen Ländern.

Besondere Konfliktlinien lassen sich im sozialistischen Regime zwischen unterschiedlichen Alterskohorten erwarten. Der Wohlfahrtsstaat wurde zu sozialistischen Zeiten zwar sukzessive ausgebaut (Götting 1998: 62f), allerdings ist davon auszugehen, dass die älteren Generationen, die zum Aufbau der sozialistischen Staaten beigetragen haben, viel stärker von egalitär-etatistischen Konzepten geprägt wurden (Andreß et al. 2001/1: 41). Zum einen war der (Wieder)-Aufbau der sozialistischen Staaten nach dem zweiten Weltkrieg mit großen Opfern verbunden, zum anderen sorgte der erzwungene Wandel der Sozialstruktur durch das sozialistische Regime zum Teil für rasante soziale Aufstiege (ebd.). In jüngeren Generationen wurde der Wohlfahrtsstaat des Sozialismus selbstverständlich und der sozialistische Staat im Vergleich mit dem größeren Wohlstand der kapitalistischen Staaten zunehmend von seiner Mängelseite betrachtet. In der Folge wurde stärker auf meritokratische, funktionalistische Konzepte Bezug genommen.

Tabelle 2: Wohlfahrtsregime im Überblick

	Liberal	Radikal	Konservativ	Rudimentär	Sozialdemokratisch	Ex-Sozialistisch
Länder	USA, Kanada, Großbritannien, Irland	Australien, Neuseeland	Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, Niederlande	Italien, Spanien	Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland	Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien
Dekommodifizierung	Niedrig		Hoch (für Arbeitsmarkt-Insider)		Hoch	Sehr hoch
Wesentlicher sozialstruktureller Effekt	Exklusion	Exklusion	Segmentierung	Segmentierung, Klientelismus	Inklusion	Inklusion
Dominanter Aspekt des „Welfare-Mix“	Markt	Markt plus Gewerkschaft	Familie		Staat	Staat
Zentrale regulative Idee	Eigenverantwortung		Status-Hierarchie		Universalismus	
Konfliktlinie	Klassenkonflikt		Insider – Outsider		Privat – Öffentlich	Jung – Alt

Zusammenstellung nach Esping-Andersen 1990, 1999, Leibfried 1992, Castles/Mitchell 1993, Ferrera 1996

2.2 Die Mikroebene: Interessen und Werte

Nach dem auf der Makroebene unterschiedliche Wohlfahrtsregime und Ländermakrovariablen als Determinanten von Einstellungen beschrieben wurden, sollen nun Erklärungen für die innerstaatlichen Variationen erarbeitet werden. Auf der Mikroebene wird in vorhandenen Modellen meist zwischen verschiedenen Quellen von Einstellungen unterschieden. Roller (1992: 48ff) leitet aus klassischen politikwissenschaftlichen Studien der Wählerforschung und Policy-Präferenzen von Campbell et al. (1960) und Sears et al. (1980) Interessenorientierungen und Wertorientierungen als bestimmende Größen.

Der Einstellungstyp der *Interessenorientierung* meint das Eigeninteresse in Bezug auf die ökonomische Situation und ist „egozentrisch, materiell und kurzfristig“ (Roller 1992: 49). Um Interessenorientierungen besser spezifizieren zu können, sind diese streng auf die Outputleistung des Wohlfahrtsstaates beschränkt. Outputleistung meint die vom Wohlfahrtsstaat bereitgestellten Güter wie beispielsweise Geld, Gesundheit oder Wohnungen. Diese Abgrenzung ist nötig, denn der Interessensansatz kann durchaus umfassender angewandt werden. So kann der Wohlfahrtsstaat auch im Interesse eines Bessergestellten sein, wenn man die Angst vor Folgen mangelnder sozioökonomischer Sicherheit eines Teils der Bevölkerung (Kriminalität, Krankheiten) für die eigene Person mit einbezieht (Andreß et al. 2001/1: 49). Auch persönliches Leiden an gesellschaftlichen Missständen, dass durch Wohlfahrtsleistungen verringert werden soll, lässt sich als Erklärung anführen. Umgekehrt kann auch der Abbau von Leistungen im Interesse eines sozial Schlechtergestellten liegen, der Angst vor negativen volkswirtschaftlichen Konsequenzen eines ausufernden Wohlfahrtsstaates hat (ebd.). Mit der engen Eingrenzung auf die Outputleistung wird gewährleistet, dass Interessenorientierungen nicht alles und nichts erklären, sondern auch operationalisierbar sind.

In der Literatur werden drei Gruppen von Personen mit jeweils spezifischem Verhältnis zum Wohlfahrtsstaat diskutiert (Andreß et al. 2001/1: 46f): Konsumenten, Finanzierer und Produzenten. „Konsumenten“ sind Personen, die in ihren Einkommensbezügen und somit ihrer materiellen Versorgung ausschließlich oder hauptsächlich auf wohlfahrtsstaatliche Transfers angewiesen sind und folglich große Unterstützung für etatistische und egalitäre Konzepte äußern. Geringes Einkommen, Arbeitslosigkeit und geringe Bildung sind Indikatoren für schlechte Chancen, sich über Marktprozesse finanzielle Vorteile zu erhandeln, diese Personen haben ein Interesse an etatistischen und egalitären Konzepten. Im Hinblick auf das Alter ist von einem nicht-linearen Einfluss auf die Unterstützung von Wohlfahrtskonzepten auszugehen (Kluegel/Miyano 1995: 83). Junge Menschen, die noch in der Ausbildung stehen oder gerade erst mit dem Berufsleben begonnen haben, sind in größerem Maße von staatlichen Unterstützungen abhängig (Klein und Schilling 1994). Des Weiteren sind sie stärker von Arbeitslosigkeit gefährdet und haben wenig finanzielle Reserven angespart, um sich ohne staatliche Hilfe abzusichern (Andreß et al. 2001/1: 47). Alte Menschen haben hingegen das Berufsleben hinter sich und können deswegen weniger auf Marktprozesse zurückgreifen und müssen sich, sofern sie keinen ausreichenden Kapitalstock erwirtschaftet haben, auf staatliche Absicherung verlassen. Auch

Frauen haben ein größeres Interesse an etatistischen Konzepten: Zum einen werden sie durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen von ansonsten unterbewerteten Pflege- und Erziehungsleistungen innerhalb der Familie entlastet, zum andere haben sie auf Grund längerer Lebenserwartung und spezifischen Gesundheitsrisiken ein Interesse, dass die staatlichen Sicherungssysteme starke Umverteilungselemente enthalten (Andreß et al. 2001/1: 47). Unklar ist, ob Frauen ein Interesse an familialistischen Konzepten besitzen. Frauen profitieren von höheren Löhnen für den männlichen Hauptverdiener, die sich unmittelbar auf die finanzielle Situation der Frau auswirken. Auf der anderen Seite steht allerdings eine größere finanzielle Abhängigkeit vom männlichen Hauptverdiener.

Die Gruppe der „Finanzierer“ besteht aus Personen, die nur in geringem Maß oder gar nicht von Wohlfahrtspolitiken profitieren, gleichzeitig aber hohe Steuer- und Sozialabgaben leisten. In der Folge haben sie ein geringes Interesse an etatistischen und egalitären Interventionen und befürworten funktionalistische und meritokratische Konzepte, da sie sich über den Markt hinreichend absichern können. Zur Gruppe der Finanzierer werden vor allem Bezieher hoher Einkommen, Selbständige und Höhergebildete gezählt.

Die dritte Gruppe der „Produzenten“ ist die zahlenmäßig kleinste Gruppe und besitzt ebenfalls ein Interesse am Wohlfahrtsstaat. Ihr werden freiberufliche Produzenten von Wohlfahrt und Beschäftigte in „Wohlfahrtsbürokratien“ (Ärzte, Krankenschwestern, Lehrer, Sozialarbeiter, Bürokraten, Krankenkassenmitarbeiter) zugeordnet. Für diese Personen hängen nicht nur die Existenz des Arbeitsplatzes, sondern auch Arbeitsbedingungen, Lohn und berufliche Perspektiven unmittelbar von der Prosperität staatlicher Wohlfahrtsproduktion ab (ebd.: 48).

„Wertorientierungen“ als zweiter Einstellungsdimension liegt die Annahme zu Grunde, dass Einstellungen nicht nur vom Eigeninteresse, sondern zusätzlich von Werten bestimmt werden und dass moderne Gesellschaften von einem Wertpluralismus gekennzeichnet sind, der die Erfassung von unterschiedlichen Wertorientierungen möglich macht. Aus den unterschiedlichsten Definitionen des Werte-Begriffs der Sozialwissenschaften lässt sich der Minimalkonsens herausdestillieren, dass Werte „diejenigen Zustände des individuellen und gesellschaftlichen Lebens [sind], die als besonders wichtig bzw. erstrebenswert erachtet werden“ (Dunker 2001: 3). Wertorientierungen können zwar von Interessen bestimmt sein, müssen es aber nicht. Weiter wird davon ausgegangen, dass Werte als Fixsterne zur Beurteilung und Legitimation sozialer Normen und Institutionen herangezogen werden. Angewandt auf unsere Untersuchung lässt sich davon ausgehen, dass auch wohlfahrtsstaatliche Arrangements mit Hilfe des individuellen Wertekosmos bewertet werden.

Die Verwendung von Werten zur Erklärung von Wohlfahrtskonzepten bringt aber auch Probleme mit sich.⁷ So ist theoretisch häufig unklar, wie sich Werte als Einstellungs determinanten auswirken, was die Aufstellung von Hypothesen erschwert. Folgt man dem Postmaterialismus-Materialismus-Index in Anlehnung an Inglehart (1971), so findet man die Hypothese, dass Postmaterialisten „zunehmenden Hedonismus und eine ausgeprägte Erwartungshaltung gegenüber dem Staat“

(Klein/Schilling 1994: 623) besitzen, die zur Unterstützung von etatistischen Konzepten führen. Der extensive Wohlfahrtsstaat bietet die ökonomische Grundlage, um postmaterielle Lebensentwürfe zu verfolgen. Andere Autoren betonen, dass den individualistisch-meritokratisch geprägten Wertvorstellungen der Postmaterialisten die umfassende Bürokratisierung und Regulierung des Wohlfahrtsstaates beim Streben nach Autonomie und Selbstverwirklichung im Wege steht (Wilensky 1975: 55f, Inglehart 1998: 48). Materialisten werden hingegen stärker von Idealen gemeinschaftlicher Solidarität und kollektiver Verantwortung bestimmt.

Fraglich ist auch, inwieweit Parteipräferenzen zur Erklärung von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen herangezogen werden können. Zum einen ist die Parteipräferenz ein Indikator, der sich wiederum aus verschiedenen Interessen und Wertorientierungen zusammensetzt, zum anderen kann bezweifelt werden, ob Parteipräferenzen ausschlaggebend für die Unterstützung wohlfahrtsstaatlicher Konzepte sind (Ullrich 2000: 15). Werden politische Einstellungen als unabhängige Variable verwendet, finden sich zwar empirische Ergebnisse (vgl. Lippl 2000), wahrscheinlicher ist aber eine umgekehrte Beeinflussung von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen hin zu parteipolitischen Präferenzen. Kritisch sind Operationalisierungen, die lediglich eine Links-Rechts-Zuordnung verwenden, da davon auszugehen ist, dass sich das politische Feld nicht nur vertikal ausdifferenziert, sondern sich horizontale Differenzierungen gebildet haben, die mit gänzlich verschiedenen Wertemustern verbunden sind (Klages/Gensicke 1999). Dass Parteipräferenzen trotz dieser Probleme zur Erklärung von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen verwendet werden, ist allerdings nicht schlechten Konzeptionalisierungen, sondern vor allem mangelndem Datenmaterial zuzuschreiben. Auf international vergleichender Ebene finden sich keine Datensätze, die differenzierte Wertevorstellungen *und* wohlfahrtsstaatliche Einstellungen erfassen (Ullrich 2000: 22, Alber, J. 2001).

Ein wiederholter Blick auf die oben ausgearbeiteten Wohlfahrtskonzepte wirft die Frage auf, inwieweit diese bereits dem Werte-Begriff zugeordnet werden können. So stellen Gleichheit und Meritokratie bereits abstrakte Konzeptionen dar, bei denen man schwer dahinter liegende Wertorientierungen findet. In international vergleichenden Umfragen wie beispielsweise der *European Value Study* werden Gleichheit, Bedürftigkeit und Meritokratie explizit als Werte erhoben (vgl. Arts/Gelissen 2000). Studien, die sich mit der Unterstützung von konkreten Wohlfahrtsprogrammen auf regionaler Ebene befassen, verwenden „Soziale Ideologien“, die den oben entwickelten Wohlfahrtskonzepten ähneln, als erklärende Variable (Hasenfeld/Rafferty 1989).

Einen anderen Ansatz, der diese langfristigen, nicht interessensbedingten Einflüsse berücksichtigt, bieten Andreß et al. (2001/1). Hier wird auf der Mikroebene unterschieden zwischen (kurzfristigen, auf den Output des Wohlfahrtsarrangements bezogenen) Interessen und Einflüssen, die durch unterschiedliche Sozialisationsmuster zustande kommen. Hinter dem Ansatz der *differentiellen Sozialisation* steht die Idee, dass „Personen im Rahmen ihres Sozialisationsprozesses und durch alltägliche Erfahrungen positive wie negative Einstellungen gegenüber dem Wohlfahrtsstaat und seinen Einrich-

⁷ vgl. Ullrich (2000).

tungen ausbilden. Diese Einstellungen, so die Annahme, lassen sich nicht ohne weiteres auf andere Determinanten – etwa sozioökonomische Interessen oder die gesamtwirtschaftliche Lage – zurückführen“ (ebd.: 35). Menschen werden sozialisiert und leben in unterschiedlichen Milieus oder sozialen Gruppen, in denen sie unterschiedliche Vorstellungen über das wohlfahrtsstaatliche Arrangement annehmen. Der Ansatz der differentiellen Sozialisation berücksichtigt also wie die Wertekonzepte langfristige Einflüsse, die von aktuellen Interessenslagen zumindest teilweise unabhängig sind. Nachteil des Ansatzes der differentiellen Sozialisation ist, dass in den empirischen Ergebnissen teilweise nicht mehr zwischen langfristig sozialisierten Einflüssen und kurzfristigen Interessenseinflüssen unterschieden werden kann, da bestimmte Variablen jeweils für beide Ansätze stehen. So bedeutet ein fortgeschrittenes Alter eine größere Abhängigkeit vom wohlfahrtsstaatlichen Output (Interesse) als auch eine Sozialisation in einem meist weniger stark ausgeprägten Wohlfahrtsengagement des Staates.

Einige Einflüsse der unterschiedlichen *Alterskohorten* wurden oben im Text bereits angesprochen, diese seien an dieser Stelle noch einmal zusammengefasst. Zunächst lässt sich konstatieren, dass die jüngeren Kohorten in allen Staaten mit einem stärkeren wohlfahrtsstaatlichen Engagement als die älteren Kohorten aufgewachsen sind, dies lässt sich an den steigenden Sozialleistungsquoten und Anteilen der Bevölkerung, die von staatlichen Zuwendungen abhängig sind, ablesen (Flora et al. 1977, Pierson 2001: 412). In der Folge ließe sich ein stärkeres Bekenntnis des Jüngeren für etatistische Konzepte erwarten, während Ältere stärker Eigenverantwortung und meritokratische Konzepte betonen. Die Gegenthese schreibt den Jüngeren die individualistischen-meritokratischen Wertvorstellungen zu, während Ältere solidarische, egalitäre Konzepte vertreten. Seit den 70er Jahre gerieten etatistische Konzepte in der Öffentlichkeit zunehmend in die Kritik (Roller 1992: 32), dies kann sich natürlich auch in Einstellungen widerspiegeln, so dass auch dieses Argument Plausibilität besitzt. Zu berücksichtigen ist zusätzlich, dass Wertewandelthesen bereits seit den 70er Jahren diskutiert werden, so dass zweifelhaft ist, ob damit Unterschiede zwischen Älteren und Jüngeren heute noch adäquat wiedergegeben werden (Andreß et al. 2001/1: 42). Zu beachten sind bei der Altersvariablen zusätzlich die oben erwähnten spezifischen Effekte des ex-sozialistischen Regimes.

Auch bezüglich des Einflusses eines höheren *Bildungsniveaus*, lassen sich unterschiedliche Hypothesen aufstellen. Zunächst ist ein genereller Aufklärungseffekt von Bildung denkbar, der zu einer größeren Vertrautheit mit zivilisatorischen Grundwerten, darunter der Gleichheit, führt (Kelley/Evans 1993: 79, Hasenfeld/Rafferty 1989: 1031, Andreß et al. 2001/1: 43). Höher Gebildete müssten folglich Affinitäten für egalitäre Konzepte besitzen. Andere Autoren werten diesen Aufklärungseffekt mit der Vermutung ab, dass er in konkreten Situationen, in denen zusätzlich Interessensorientierungen im Spiel sind, wenig Wirkung zeigt. „The educated may show greater support to abstract democratic values but are not more willing to apply those principles to specific situations.“ (Jackman/Muha 1984: 753). Der Aufklärungseffekt von Bildung wird zusätzlich abgeschwächt, betrachtet man die individualistische „Erfolgsideologie“, die im Bildungssektor vermittelt wird (Andreß et al. 2001/1: 44). Je länger sich eine Person im Bildungssystem erfolgreich bewährt, desto wahrscheinlicher

ist, dass individuelle Erfolge der eigenen Leistung und Anstrengung zugerechnet werden (Hasenfeld/Rafferty 1989: 1031). Wir erwarten also einen positiven Einfluss der Bildung auf meritokratische und funktionalistische Konzepte und eine kritische Haltung gegenüber egalitären Konzepten. Auch die Unterstützung familialistischer Konzepte dürfte abnehmen, da ein höherer Lohn wegen einer unterstützenden Familie meritokratischen Konzepten widerspricht.

Eine *geschlechtsspezifische Sozialisation* kann zu unterschiedlichen Einstellungsmustern zwischen Männern und Frauen führen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die weibliche Erziehung stärker solidarisch und auf die Fürsorge für andere ausgerichtet ist, während die männliche Erziehung individualistische und wettbewerbsorientierte Werte betont (Andreß et al. 2001/1: 43, Arts/Gelissen 2001: 289, Mau 1997). Dementsprechend dürften Frauen stärker für egalitäre Konzepte votieren, während sich Männer stärker für funktionalistische und meritokratische Konzepte aussprechen. Auch hier gilt es wieder die regimespezifischen Effekte in den ex-sozialistischen Staaten zu berücksichtigen.

Beschäftigte, die im *öffentlichen Sektor* sozialisiert werden, dürften eine positive Einstellung zu egalitären und etatistischen Konzepten entwickeln. Insbesondere die Tätigkeit in „Wohlfahrtsbürokratien“, im Bildungs- und Gesundheitswesen dürfte auf Grund der regelmäßigen Konfrontation mit sozialen Problemen für eine Sensibilisierung der Beschäftigten sorgen (Andreß et al. 2001/1: 44). Dieser Effekt wird bei Beschäftigten in anderen Teilen des öffentlichen Sektors, wie Finanzen, Justiz oder Verteidigung nicht erwartet.

Auch für die Berufsgruppe der *Selbständigen* werden sozialisationsbedingte Einstellungen vermutet. Dabei ist anzunehmen, dass die mit dem Beruf einhergehende Unabhängigkeit zu einem spezifischen „Selbständigen-Ethos“ führt, das auch in anderen Lebensbereichen der Unabhängigkeit und Selbständigkeit einen hohen Wert zuspricht – staatliche Zwangssysteme werden deshalb abgelehnt (Wilensky 1975: 61f, Kluegel/Miyano 1995: 83).

3 Operationalisierung

3.1 Wohlfahrtskonzepte

Ausgehend von den theoretisch entwickelten Wohlfahrtskonzepten wurden zur Operationalisierung aus den ISSP-Daten zwölf Items⁸ ausgewählt und einer Faktorenanalyse unterzogen. Alle Items wurden von den Befragten anhand einer fünfstufigen Skala bewertet. Dabei war es allerdings nicht möglich mit dem vorhandenen Datenmaterial alle theoretisch ausgearbeiteten Wohlfahrtskonzepte zu operationalisieren. In Tabelle 3 sind die Faktorenladungen der Hauptkomponentenanalyse nach anschließender Varimax-Rotation für das Jahr 1999 über die Gesamtpopulation aller Länder angegeben. Die Stabilität dieser Faktorenstruktur wurde bestätigt, in dem die Faktorenanalyse zusätzlich für jedes Land und jeden Zeitpunkt separat durchgeführt wurde. Da sich meist die gleiche Faktorenstruktur bildet, ist die Analyse auch für die Länder gemeinsam möglich.

⁸ Die exakten Frageformulierungen in englischer Sprache finden sich im Anhang.

Der Faktor „*Egalitarismus-Etatismus*“ besteht aus den zwei Fragen, ob es Aufgabe des Staates ist, Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Einkommen auszugleichen und ob Bezieher hoher Einkommen einen größeren Steuersatz als Bezieher niedriger Einkommen an den Staat zahlen sollen. Es geht also jeweils um staatliche Maßnahmen, die obere Gesellschaftsschichten stärker belasten als untere Schichten. Eine Zustimmung zum Egalitarismus-Etatismus schreibt dem Staat die Aufgabe zu, Verteilungsergebnisse des Marktes zu korrigieren und größere sozioökonomische Gleichheit zu gewährleisten. Der Faktor „*Funktionalismus*“ setzt sich ebenfalls aus zwei Fragen zusammen und spiegelt sehr gut das im theoretischen Teil ausgearbeitete Konzept wieder. Das erste Item fragt, ob lange Ausbildungszeiten nur in Kauf genommen werden, wenn Akteure mit einem größeren Einkommen rechnen können. Angesprochen werden also individuelle Motivationskräfte von Einkommensunterschieden. Die zweite Frage dreht sich nicht um die individuellen Folgen, sondern fragt auf der Ebene der Gesamtgesellschaft, ob große Einkommensunterschiede für den Wohlstand einer Gesellschaft nötig sind. Der zweiten Frage kommt für das funktionalistische Konzept besondere Bedeutung zu, da erst sie den Übergang vom individuellen Nutzen auf den allgemeinen Wohlstand anspricht. Der Faktor „*Familialismus*“ setzte sich aus den Fragen zusammen, ob beim Lohn die Existenz einer Familie oder eines Kindes berücksichtigt werden soll. Das im theoretischen Teil beschriebene Familialismus-Konzept wird damit allerdings nur unvollständig abgedeckt, da nicht gefragt wird, ob familiäre Zusammenhänge subsidiarisch in Anspruch genommen werden müssen, bevor staatliche Unterstützungen in Anspruch genommen werden können.⁹ Die beiden Items sind dennoch geeignet, da sie sich eindeutig auf die Familie als Wohlfahrtsproduzent beziehen.

Weiter wurde nach anderen Lohnkriterien gefragt, die meritokratischen Konzepten zugeordnet werden können. Hier bilden sich zwei Faktoren, die sich nur allerdings teilweise in den theoretischen Konzepten wieder finden. Ein Faktor setzt sich zusammen aus den Kriterien „übernommene Verantwortung“, „Ausbildungsdauer“ und „Beaufsichtigung Anderer“: Dieser entspricht in etwa dem *Investitionsprinzip* mit einer starken Betonung gesellschaftlicher Differenzen. Die Investitionsgröße bemisst sich an Bildung und Bedeutung der übernommenen Aufgabe für den wirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess. Eine Zustimmung zum Investitionskonzept meint, dass eine Person, die besser gebildet ist und mehr Verantwortung übernimmt, mehr investiert und in der Folge einen höheren Lohn erhalten soll. Den zweiten meritokratischen Faktor bezeichnen wir als „*Reines Leistungsprinzip*“. Von Bedeutung ist hier nicht die Stellung im Wirtschaftssystem, sondern ob die Qualität der Arbeit zufrieden stellend ist und ob „hart“ gearbeitet wird. Wir haben es also mit einer Mischung aus egalitärem Investitionskonzept und dem erbrachten Resultat zu tun. Eine Zustimmung zum Leistungsprinzip bedeutet, dass Kriterien in die Bewertung der geleisteten Arbeit einfließen sollen, die unabhängig von der beruflichen Stellung sind. Das reine Leistungsprinzip erlaubt eine meritokratische Lohnverteilung,

⁹ Andreß et al. (2001/2: 344) verwenden die zwei Items zur Operationalisierung von Bedürftigkeitskonzepten. Problematisch: In den Fragen wird auf den Arbeitgeber als Ansprechpartner bei Bedürftigkeit Bezug genommen, normalerweise wird auf den Staat rekuriert. Mit Kind und Familie wird das Bedürftigkeitskonzept nur dürftig abgedeckt: Krankheit, Alter, eigene Armut bleiben ausgeklammert.

die unabhängig von Berufs- und Verantwortungshierarchien ist – allein die Qualität und Quantität der erbrachten Arbeit wird zur Bewertung herangezogen. Der letzte Faktor fragt, ob es gerecht ist, wenn sich wohlhabende Menschen bessere Gesundheitsvorsorge und bessere Bildung für ihre Kinder leisten können. Gesundheit und Bildung sind Ressourcen deren Gleichverteilung bei der Herstellung von Chancengleichheit nicht Marktprozessen überlassen wird. Eine Ablehnung der Ungleichverteilung von Gesundheit und Bildung kann als Forderung nach Chancengleichheit bezeichnet werden. Allerdings wird nicht nach der Zuständigkeit des Staates zur Schaffung von Chancengleichheit gefragt, so dass nicht untersucht werden kann, ob Befragte dem Staat auch die Aufgabe zusprechen, Chancengleichheit zu schaffen. Wird eine ungleiche Ressourcenverteilung bei Bildung und Gesundheit nicht als ungerecht bezeichnet, votiert der Befragte stattdessen für marktliberale Verteilungsmechanismen bei diesen Gütern. Diesen Faktor wollen wir deshalb als *Chancengleichheit vs. Marktliberalismus* bezeichnen.

Tabelle 3: Faktorenanalyse der Einstellungsindikatoren

Variable	Egalitarismus- Etatismus	Funktional- ismus	Familialismus	Meritokratie: Investition	Meritokratie: Reine Leistung	Chancen- gleichheit vs. Markt- liberalismus	Kommunalitä- ten
Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Einkommen abbauen	,745	,008	,196	-,017	-,028	-,195	,633
Menschen mit hohem Einkommen sollten mehr Steuern zahlen	,831	,019	,031	,011	,004	-,031	,694
Lange Ausbildung nur bei höherem Lohn	,181	,878	,024	,024	,081	-,037	,814
Große Einkommensunterschiede sind nötig für den Wohlstand	-,389	,596	,035	,102	-,085	,248	,588
Lohnkriterium: Familie	,096	,011	,913	,084	,061	-,029	,855
Lohnkriterium: Kind	,112	,039	,912	,058	,075	-,050	,858
Lohnkriterium: Verantwortung	-,086	,010	-,083	,710	,279	-,025	,597
Lohnkriterium: Ausbildungsdauer	,083	,038	,182	,751	,020	,088	,614
Lohnkriterium: Beaufsichtigung Anderer	-,027	,049	,047	,772	,126	,051	,620
Lohnkriterium: Gut gearbeitet	-,059	,012	,021	,197	,862	-,024	,787
Lohnkriterium: Hart gearbeitet	,053	,019	,118	,158	,845	,049	,759
Ungleichverteilte Gesundheitschancen sind gerecht	-,118	,045	-,044	,053	,018	,943	,911
Ungleichverteilte Bildungschancen sind gerecht	-,127	,057	-,038	,060	,009	,940	,908

ISSP 1999
Alle Länder
Varimax-Rotation

3.2 Indikatoren der Mikroebene

Nach der Operationalisierung der sechs Wohlfahrtskonzepte, werden wir uns im Folgenden mit den Indikatoren der Einstellungsdeterminanten auseinandersetzen. Auch bei den Indikatoren der Mikroebene sind wir von den vorliegenden Daten der ISSP-Datensätze abhängig. Insbesondere ist es nicht möglich zwischen Interessens- und Wertedeterminationen zu unterscheiden.

Tabelle 4: Indikatoren für die Erklärung von Unterstützungen von Wohlfahrtskonzepten

Variable	Operationalisierung
Alter	Drei Dummy-Variablen, Referenz: 18 bis 26 Jahre 27 bis 41 Jahre: ja (1), nein (0) 42 bis 56 Jahre: ja (1), nein (0) 57 Jahre und älter: ja (1), nein (0)
Geschlecht	Männlich (0) Weiblich (1)
Bildung (in Jahren)	Anzahl der Bildungsjahre
Schichtselbsteinstufung	Unten (0) bis Oben (10)
Selbständigkeit	Beruflich selbständige (1) Sonstige Beschäftigte und Nichterwerbstätige (0)
Öffentlicher Sektor	Im öffentlichen Sektor beschäftigt (1) Sonstige Beschäftigte und Nichterwerbstätige (0)
Erwerbsstatus	Zwei Dummy-Variablen, Referenz: Sonstige Nichterwerbstätige Ganz oder halbtags erwerbstätig: ja (1), nein (0) Arbeitslos: ja (1), nein (0)
Einkommen	Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen (Berechnung siehe Text)

Tabelle 4 zeigt die verwendeten sozialstrukturellen Variablen und ihre Operationalisierung. Zur Bestimmung von Einflüssen des *Alters* wurden drei Dummy-Variablen codiert (27 bis 41 Jahre, 42 bis 56 Jahre, 57 Jahre und älter), die Gruppe der 18 bis 26 Jährigen wird als Referenzgruppe verwendet. Diese Art der Operationalisierung ermöglicht insbesondere das Erkennen von den vermuteten nicht-linearen Alterseffekten. Auch das *Geschlecht* wird als Dummy-Variable in die Analyse eingeführt, die männlichen Befragten bilden dabei die Referenzgruppe. Die *Bildung* wird mit Hilfe der Jahre im Bildungssystem operationalisiert. Da ein linearer Bildungseffekt erwartet wird, wurde auf eine Dummy-Codierung verzichtet.¹⁰ Zur Operationalisierung der *Schichtselbsteinstufung* wurde ein Indikator verwendet, der den Befragten auffordert, sich selbst auf einer zehnstufigen Oben-Unten-Skala einzuordnen und so die selbst wahrgenommen Position in der Gesellschaft zu bestimmen. Eine weitere Dummy-Variable unterscheidet zwischen *beruflich selbständigen Personen* und allen anderen befragten

¹⁰ Problematisch ist bei dieser Operationalisierung, dass die ‚Bildung in Jahren‘ auf Grund unterschiedlicher Bildungssysteme ein länderspezifisch unterschiedlicher Indikator für den Bildungsgrad einer Person ist (vgl. Lippl 2003: 147). Eine andere Operationalisierung der Bildung ist allerdings mit den vorliegenden Daten nicht möglich. Verzerrende Effekte können allerdings nur auftreten, wenn die Daten aller Länder in eine gemeinsame Regressionsgleichung aufgenommen werden. Nichts desto trotz wäre eine Operationalisierung nach Art des Schulabschlusses vorzuziehen, da auch andere verzerrende Effekte (‚Sitzenbleiber‘) ausgeschlossen würden.

Personen, also den abhängig Beschäftigten und Nichterwerbstätigen. Auf die gleiche Weise wurden auch die *Beschäftigten des öffentlichen Sektors* vom Rest der Bevölkerung abgegrenzt. Für den *Erwerbsstatus* der Befragten wurden zwei Dummy-Variablen codiert: Erwerbstätig sind Personen, die ganz- oder halbtags einer Beschäftigung nachgehen, als arbeitslos wurden Personen ohne Beschäftigung klassifiziert. Referenzgruppe sind die sonstigen Nichtbeschäftigten, vor allem Rentner, Schüler und im Haushalt Tätige.

Eine komplexere Codierung wurde zur Berechnung des Einkommens verwendet: Wenn man ein Wohlfahrtsregime als Komposition der drei Teile Markt, Staat und Familie auffasst, empfiehlt es sich, beim Heranziehen des Einkommens des Befragten nicht das Individualeinkommen als unabhängigen Prädiktor heranzuziehen, sondern stattdessen das Haushaltseinkommen zu verwenden. Denn für die Interessen des Befragten ist letztlich nicht das Individualeinkommen, sondern das *Haushaltseinkommen* ausschlaggebend. Das Haushaltseinkommen erfasst alle möglichen Einkommensquellen eines Haushalts, inklusive Sozialleistungen, Kapitalerträge und Mieten. Um bei der Betrachtung des Haushaltseinkommens die Haushaltsgröße zu berücksichtigen, wurde das Haushaltseinkommen durch die Anzahl der Personen im Haushalt geteilt, wobei jede zusätzliche Person zum Befragten mit dem Faktor 0,7 gewichtet wurde (vgl. Andreß et al. 2001/1: 82, Lippl 2003: 146). Durch die Gewichtung wird dem unterschiedlichen Bedarf je nach Haushaltsgröße Rechnung getragen. Das gewichtete Haushaltseinkommen wurde anschließend in Relation zum landesweit durchschnittlichen, gewichteten Haushaltseinkommen gesetzt. Dadurch lässt sich die Variable als mit der Haushaltsgröße bedarfsgeichtetes Haushaltseinkommen im Vergleich zum Landesschnitt interpretieren. Auf diese Weise werden Probleme mit Währungsumrechnung und Kaufkraft umgangen.

4 Unterstützungspotentiale für die Wohlfahrtskonzepte

4.1 Die Unterstützung des Egalitarismus-Etatismus

4.1.1 Innerstaatliche Einstellungsvariationen

Zunächst betrachten wir die Unterstützung für egalitäre-etatistische Konzepte, sprich für staatliche Umverteilung von oben nach unten. Dabei werden im Unterschied zu den später folgenden Wohlfahrtskonzepten (Kapitel 4.2 bis 4.6) auch die unterschiedlichen *innerstaatlichen* Einstellungsvariationen untersucht.¹¹ In Modell 1 (Tabelle 5) erzielt vor allem die Bildungsdauer signifikante Effekte. Mit Ausnahme von Australien, Ost-Deutschland und Spanien bewirkt eine höhere Bildung eine geringere Zustimmung zu egalitär-etatistischen Konzepten. Die Hypothese, dass höhere Bildung aufklärende Wirkung besitzt und zu einer größeren Unterstützung sozioökonomischer Gleichheit führt, muss also verworfen werden. Geschlechtsspezifische Effekte treten sowohl in den konservativen Staaten Frank-

¹¹ Diese Auswahl wurde aus theoretischen und empirischen Gesichtspunkten getroffen. Auf theoretischer Ebene ist der Egalitarismus-Etatismus eines der zentralen Wohlfahrtskonzepte, da die Zieldimension „Gleichheit“ am besten abgedeckt wird. Auf empirischer Ebene ergeben sich für den Egalitarismus-Etatismus die größten erklärten Varianzanteile und aussagekräftigsten Ergebnisse. Die innerstaatlichen Einstellungsunterschiede der anderen Wohlfahrtskonzepte finden sich bei Alber (2006).

reich und West-Deutschland (aber nicht in Spanien) als auch in den sozialdemokratischen Staaten Schweden und Norwegen auf. Frauen zeigen dabei größere Unterstützungspotentiale als Männer. Dies lässt sich auf die unterschiedlichen Geschlechterrollen in den beiden Regimen zurückführen. In den konservativen Staaten führt die traditionelle Hausfrauenehe und in den sozialdemokratischen Staaten die Beschäftigung der Frauen im öffentlichen Sektor zu geschlechtsspezifischen Einstellungen. Deutschland ist bei den Geschlechterrollen klar in Ost- und West-Deutschland geteilt: In Ost-Deutschland finden sich keine geschlechtsspezifischen Effekte, was wir auf die starke Berufstätigkeit von Frauen zu Zeiten des Sozialismus zurückführen. Allerdings findet sich in Ungarn ebenfalls ein Effekt der Geschlechtsvariablen, was der Hypothese der sozialistischen Sozialisation widerspricht.¹² Alterseffekte finden sich lediglich in Ungarn und Norwegen. Hier zeigen ältere Menschen eine stärkere Unterstützung für egalitär-etatistische Wohlfahrtskonzepte. In Polen lassen sich ebenfalls positive Effekte für die Altersgruppe ab 57 beobachten, allerdings fallen diese knapp aus dem Signifikanzniveau von 5 % heraus. Die spezifische Alterskluft in den ex-sozialistischen Staaten kann für egalitär-etatistische Konzepte also nur unter Vorbehalt bestätigt werden, zumal sich in Ost-Deutschland keine Alterseffekte beobachten lassen. Auf jeden Fall zu verwerfen ist die Hypothese, dass ältere Menschen *generell* einen solidarischen Gesellschaftsbegriff bevorzugen und deshalb für staatliche Umverteilung plädieren. Die erklärte Varianz von Modell 1 erreicht maximal 7 % (Norwegen). Eine höhere erklärte Varianz erreicht Modell 2 mit den schicht- und berufsspezifischen Variablen, in den sozialdemokratischen Staaten Norwegen (12%) und Schweden (18%) werden die größten Varianzanteile erklärt. Als bester Prädiktor erweist sich die Schichtselbsteinstufung, in allen Staaten¹³ werden hochsignifikante Ergebnisse erzielt. Die größten Werte erreichen Großbritannien, Frankreich und Norwegen. Darauf folgt die Einkommensvariable (keine Effekte in Deutschland und Frankreich), die sich ebenfalls gut zur Vorhersage verwenden lässt. Diese Ergebnisse entsprechen unseren Erwartungen: Personen, die in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter oben stehen, sprechen sich gegen staatliche Umverteilungen aus.

¹² In Ungarn gab es im Sozialismus bereits marktähnliche Strukturen (die so genannte ‚zweite Wirtschaft‘, die zur Bildung eines familienbasierten Wirtschaftssystems und einer Unternehmerschicht führten. Es kann vermutet werden, dass in Folge dessen traditionelle Frauenrollen ihre Bedeutung behielten.

¹³ „Alle Staaten“ oder „alle Länder“ bezeichnen die territorialen Makro-Einheiten dieser Untersuchung selbstverständlich nur ungenau, da Ost- und West-Deutschland keine einzelnen Staaten sind. Diese Ungenauigkeit verspricht sprachliche Erleichterung und wird deshalb in Kauf genommen.

Table 5: Egalitarismus-Etatismus: Innerstaatliche Einstellungsvariationen 1999 (Modell 1, Modell 2)

Modell 1	USA	G-britannien	Neuseeland	Australien	W-BRD	O-BRD	Frankreich	Spanien	Norwegen	Schweden	Ungarn	Polen
Alter 27 – 41 ¹	0,06 (1,310)	0,04 (0,635)	-0,05 (-0,978)	0,02 (0,282)	-0,07 (-0,976)	0,01 (0,085)	0,01 (0,181)	0,01 (0,213)	0,01 (0,173)	-0,01 (-0,165)	-0,05 (-0,965)	0,01 (0,111)
Alter 42 – 56 ¹	0,07 (1,520)	0,02 (0,302)	-0,02 (-0,293)	0,02 (0,265)	0,02 (0,242)	0,04 (0,448)	0,01 (0,193)	0,02 (0,483)	0,10* (2,416)	0,05 (1,209)	0,06 (1,166)	0,07 (1,052)
Alter > 56 ¹	0,08 (1,765)	-0,05 (-0,641)	0,03 (0,433)	0,09 (1,321)	0,02 (0,247)	0,07 (0,905)	-0,06 (-0,815)	0,01 (0,165)	0,10* (2,392)	-0,04 (-0,770)	0,15** (2,967)	0,12 (1,874)
Geschlecht ²	0,03 (1,052)	-0,04 (-0,901)	0,03 (0,756)	-0,01 (-0,384)	0,17** (4,414)	0,01 (0,300)	0,11** (4,033)	0,00 (-0,048)	0,20** (6,644)	0,09** (2,892)	0,08* (2,571)	0,06 (1,506)
Schuljahre	-0,11** (-3,342)	-0,13** (-3,199)	-0,12** (-3,256)	-0,01 (-0,296)	-0,12** (-3,035)	-0,10 (-2,005)	-0,14** (-5,382)	-0,04 (-1,030)	-0,12** (-3,984)	-0,21** (-5,952)	-0,14** (-4,235)	-0,19** (-4,843)
Konstante	-0,03 (-0,175)	0,77** (3,327)	0,28 (1,243)	-0,08 (-0,497)	0,06 (0,340)	0,47* (2,314)	0,54* (2,467)	0,20 (1,885)	-0,07 (-0,601)	0,46** (3,209)	0,62** (4,337)	1,05** (5,995)
R ² (in %)	1,70	1,84	2,34	0,59	4,81	1,67	3,47	0,19	7,00	4,86	6,41	6,20
Korr. R ² (in %)	1,18	1,07	1,78	0,16	4,11	0,46	3,14	-0,31	6,54	4,34	5,94	5,53
Fälle (n)	951	642	867	1172	681	413	1474	1007	1023	920	988	711

Modell 2	USA	G-britannien	Neuseeland	Australien	W-BRD	O-BRD	Frankreich	Spanien	Norwegen	Schweden	Ungarn	Polen
Schichtselbst-einstufung	-0,18** (-4,886)	-0,26** (-6,200)	-0,18** (-4,737)	-0,16** (-4,783)	-0,16** (-3,522)	-0,21** (-3,830)	-0,25** (-7,390)	-0,10** (-2,846)	-0,26** (-8,104)	-0,20** (-5,549)	-0,11** (-2,832)	-0,20** (-5,270)
Selbständigkeit	0,00 (-0,079)	0,00 (0,069)	-0,03 (-0,700)	-0,07* (-2,156)	-0,01 (-0,156)	0,02 (0,290)	-0,09* (-2,706)	0,00 (-0,064)	-0,04 (-1,354)	-0,13** (-3,883)	-0,03 (-0,888)	-0,04 (-0,882)
Öff. Sektor	-0,03 (-0,934)	0,02 (0,520)	0,04 (0,990)	0,05 (1,407)	0,09 (1,851)	-0,02 (-0,333)	0,08* (2,441)	0,01 (0,310)	0,13** (4,022)	0,10* (2,753)	0,05 (1,313)	0,02 (0,442)
arbeitslos ³	0,05 (1,407)	0,02 (0,613)	-0,03 (-0,765)	0,06 (1,664)	-0,05 (-1,105)	0,07 (1,131)	-0,04 (-1,128)	0,02 (0,549)	-0,04 (-1,220)	0,00 (-0,029)	-0,07 (-1,883)	-0,08* (-2,148)
erwerbstätig ³	0,00 (0,005)	0,10* (2,179)	-0,02 (-0,398)	-0,07 (-1,947)	-0,08 (-1,631)	-0,05 (-0,791)	-0,01 (-0,221)	0,03 (0,785)	0,00 (0,141)	-0,01 (-0,367)	-0,10* (-2,360)	-0,12* (-2,290)
Einkommen	-0,08* (-2,081)	-0,12** (-2,649)	-0,19** (-4,863)	-0,10* (-2,802)	-0,08 (-1,846)	-0,06 (-1,143)	-0,03 (-0,955)	-0,09* (-2,295)	-0,11** (-3,269)	-0,23** (-6,588)	-0,09* (-2,316)	-0,14** (-3,850)
Konstante	0,25 (1,842)	0,95** (7,991)	0,63** (4,602)	0,62** (5,350)	0,58** (3,075)	0,96** (5,602)	0,98** (4,465)	0,52** (4,694)	1,05** (7,523)	1,11** (7,485)	0,83** (9,455)	1,30** (13,424)
R ² (in %)	4,87	9,90	9,99	7,47	4,18	7,91	8,50	2,02	11,97	17,54	4,58	9,32
Korr. R ² (in %)	4,16	8,98	9,28	6,84	3,11	6,23	7,88	1,29	11,39	16,87	3,83	8,55
Fälle (n)	808	596	767	881	540	337	895	815	924	746	777	719

Standardisierte Beta-Koeffizienten der multiplen Regression, T-Werte in Klammern

** signifikant p < 0,01; * signifikant p < 0,05

1: Referenz: Alter < 27; 2: Referenz: Männlich; 3: Referenz: sonstige Nichterwerbstätige

Tabelle 6: Egalitarismus-Etatismus: Innerstaatliche Einstellungsvariationen 1999 (Modell 3)

Modell 3	USA	G-britannien	Australien	Neuseeland	W-BRD	O-BRD	Frankreich	Spanien	Norwegen	Schweden	Ungarn	Polen
Alter 27 – 41 ¹	0,05 (1,011)	0,07 (1,026)	0,09 (1,061)	-0,04 (-0,657)	0,00 (-0,048)	0,02 (0,181)	0,03 (0,397)	0,01 (0,246)	-0,02 (-0,337)	-0,01 (-0,216)	-0,04 (-0,632)	-0,01 (-0,227)
Alter 42 – 56 ¹	0,10* (2,034)	0,09 (1,248)	0,12 (1,301)	0,02 (0,275)	0,08 (1,021)	0,06 (0,700)	0,05 (0,544)	0,03 (0,701)	0,09 (1,922)	0,07 (1,301)	0,07 (1,203)	0,04 (0,593)
Alter > 56 ¹	0,10 (1,911)	0,03 (0,321)	0,15 (1,388)	0,03 (0,522)	0,13 (1,506)	0,13 (1,079)	0,01 (0,230)	0,01 (0,123)	0,09* (2,127)	0,06 (1,121)	0,16* (2,212)	0,06 (0,855)
Geschlecht ²	0,04 (1,246)	-0,07 (-1,628)	-0,02 (-0,478)	0,01 (0,381)	0,20** (4,449)	0,00 (0,080)	0,10** (2,936)	-0,02 (-0,477)	0,15* (4,814)	0,00 (0,044)	0,03 (0,873)	0,02 (0,582)
Schuljahre	-0,03 (-0,746)	-0,03 (-0,564)	0,07 (1,546)	-0,05 (-1,223)	-0,05 (-1,128)	-0,03 (-0,528)	-0,02 (-0,655)	0,03 (0,666)	-0,05 (-1,373)	-0,08* (-2,144)	-0,06 (-1,515)	-0,08 (-1,684)
Schichtselbst- einstufung	-0,17** (-4,449)	-0,26** (-5,913)	-0,13** (-3,086)	-0,17** (-4,264)	-0,13* (-2,815)	-0,18** (-3,062)	-0,23** (-6,311)	-0,11** (-2,906)	-0,23** (-6,951)	-0,18** (-4,882)	-0,08* (-2,131)	-0,17** (-4,024)
Selbständigkeit	-0,01 (-0,332)	-0,01 (-0,295)	-0,08* (-2,014)	-0,04 (-1,039)	-0,01 (-0,163)	0,02 (0,304)	-0,10** (-2,885)	0,00 (0,007)	-0,05 (-1,369)	-0,14** (-3,800)	-0,03 (-0,792)	-0,06 (-1,378)
Öff. Sektor	-0,04 (-1,011)	0,03 (0,630)	0,03 (0,754)	0,03 (0,881)	0,06 (1,287)	-0,01 (-0,093)	0,07* (1,962)	0,00 (0,074)	0,10* (2,777)	0,09* (2,466)	0,06 (1,479)	0,02 (0,364)
arbeitslos ³	0,06 (1,655)	0,02 (0,595)	0,07 (1,671)	-0,03 (-0,863)	0,00 (-0,059)	0,10 (1,417)	-0,04 (-1,134)	0,01 (0,391)	-0,03 (-1,017)	0,01 (0,219)	0,00 (-0,001)	-0,05 (-1,145)
erwerbstätig ³	0,03 (0,650)	0,07 (1,128)	-0,07 (-1,113)	0,03 (0,562)	0,07 (1,080)	0,00 (0,042)	0,00 (-0,094)	0,02 (0,389)	0,04 (1,150)	0,04 (0,917)	0,01 (0,202)	-0,05 (-0,783)
Einkommen	-0,08* (-2,192)	-0,13* (-2,614)	-0,09* (-2,247)	-0,20** (-4,973)	-0,09* (-2,086)	-0,09 (-1,407)	-0,04 (-1,008)	-0,09* (-2,289)	-0,10** (-3,126)	-0,24** (-6,310)	-0,09* (-2,276)	-0,14** (-3,530)
Konstante	0,12 (0,514)	1,03** (4,149)	0,08 (0,286)	0,75** (2,878)	0,16 (0,567)	0,84** (2,885)	0,86* (2,629)	0,50** (3,077)	0,78** (4,672)	1,19** (5,899)	0,73** (4,014)	1,35** (6,544)
R ² (in %)	5,76	10,80	6,76	10,75	8,48	7,99	9,79	2,20	15,43	19,31	6,68	10,95
Korr. R ² (in %)	4,46	9,10	5,18	9,40	6,50	4,81	8,62	0,84	14,38	18,03	5,31	9,41
Fälle (n)	806	588	661	742	520	330	861	804	901	704	763	650

Standardisierte Beta-Koeffizienten der multiplen Regression, T-Werte in Klammern

** signifikant p < 0,01; * signifikant p < 0,05

1: Referenz: Alter < 27; 2: Referenz: Männlich; 3: Referenz: sonstige Nichterwerbstätige

Die restlichen Variablen weisen nur in einzelnen Staaten Effekte auf. Bestätigt wird die Hypothese von den Interessensgegensätzen zwischen öffentlichem und privatem Sektor in den sozialdemokratischen Staaten: In Schweden und Norwegen sprechen sich Angestellte des öffentlichen Sektors stärker für staatliche Maßnahmen aus. Auch in Frankreich gibt es diesen Effekt des öffentlichen Sektors. Eine selbständige Berufstätigkeit zeigt nur in Australien, Schweden und Frankreich signifikante Effekte – regimespezifische Ergebnisse treten also nicht auf. Die Arbeitslosigkeit ergibt lediglich in Polen einen Effekt, im Gegensatz zu den aufgestellten Hypothesen ist dieser sogar negativ im Vergleich mit den üblichen Nichtbeschäftigten. Erwerbstätige sprechen sich in Ungarn und Polen schwächer für staatliche Umverteilung aus, diese Personengruppe kann sich über den Markt hinreichend absichern und ist deshalb nicht auf staatliche Zuwendungen angewiesen. In Großbritannien ist der Effekt der Erwerbstätigen allerdings negativ – dieses Ergebnis widerspricht den aufgestellten Hypothesen.

Werden in Modell 3 (Tabelle 6) alle Variablen in die Regressionsgleichung mit aufgenommen, zeigen sich im Wesentlichen ähnliche Effekte. Die Variable mit dem stärksten Effekt ist weiterhin die Schichtselbsteinstufung, gefolgt von der Einkommensvariablen. Die spezifischen Sektor- und Geschlechtseffekte des konservativen und sozialdemokratischen Regimes bleiben weitgehend erhalten. Interessanterweise wird der Einfluss der Bildungsvariablen fast vollständig durch die restlichen Variablen verdrängt. Dies bestärkt unsere Vermutung, dass die Bildung keinen direkten Einfluss auf Einstellungen besitzt, sondern dass eine höhere Bildung zu besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt führt, die wiederum die Einstellung zu staatlichen Umverteilungsprogrammen bestimmen. Modell 3 erklärt einen Varianzanteil von 2,2 % (Spanien) bis 19,31 % (Schweden)¹⁴.

4.1.2 Zwischenstaatliche Einstellungsvariation

Die multivariate Analyse (Tabelle 7) zeigt die Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern. In Modell 4 wurden zunächst die Mikrovariablen in die Regressionsgleichung aufgenommen. Die Beta-Koeffizienten zeigen die sozialstrukturellen Effekte, die über alle Ländern hinweg beobachtet werden können, die erklärte Varianz beträgt 10,4 %. Da die vorangegangene Analyse die Mikroeffekte nach Einzelstaaten differenziert und damit wesentlich mehr Informationen enthält, wird an dieser Stelle nicht noch einmal auf die Mikroebene eingegangen. Modell 5 enthält Länderdummies und erklärt eine Varianz von 8 %.¹⁵ Die Variablen der Mikroebene tragen damit besser zur Erklärung von Einstellungsunterschieden bei als die Länderdummies.

¹⁴ Es wurde keine zufrieden stellende Hypothese gefunden, warum die Regressionsgleichung gerade in Schweden einen so großen Varianzanteil erklärt. Vermutet werden kann, dass Umverteilung eines der zentralen politischen Themen in Schweden ist – und deshalb auch zur bedeutenden Kluft innerhalb der Gesellschaft wird.

¹⁵ Referenz für die Länderdummies sind bei allen durchgeführten Regressionen die USA.

Tabelle 7: Egalitarismus-Etatismus: Einstellungsvariationen 1999 (Modell 4 – 6)

	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Alter 27 - 41 ¹	0,01 (0,512)		0,01 (0,552)
Alter 42 - 56 ¹	0,06** (3,368)		0,06* (3,264)
Alter > 56 ¹	0,06** (3,409)		0,06** (3,576)
Geschlecht ²	0,04** (3,581)		0,05** (4,296)
Schuljahre	-0,06** (-4,909)		-0,04** (-2,735)
Schichtselbestufung	-0,25** (-22,839)		-0,20** (-16,750)
Selbständigkeit	-0,04** (-3,423)		-0,05** (-4,237)
Öffentlicher Sektor	0,06** (5,639)		0,05** (4,332)
arbeitslos ³	0,02 (1,401)		0,00 (0,387)
erwerbstätig ³	-0,02 (-1,224)		0,01 (0,466)
Einkommen	-0,06** (-5,493)		-0,08** (-7,190)
West-Deutschland ⁴		0,04** (3,396)	0,02 (1,719)
Neuseeland ⁴		0,03 (1,980)	0,02 (1,614)
Schweden ⁴		0,09** (6,176)	0,07** (4,763)
Australien ⁴		0,09** (6,608)	0,08** (6,105)
Frankreich ⁴		0,10** (7,321)	0,09** (5,713)
Norwegen ⁴		0,09** (6,500)	0,09** (6,160)
Ost-Deutschland ⁴		0,14** (11,057)	0,10** (8,470)
Großbritannien ⁴		0,14** (10,850)	0,11** (8,295)
Spanien ⁴		0,16** (11,306)	0,13** (9,170)
Ungarn ⁴		0,23** (16,438)	0,15** (10,233)
Polen ⁴		0,27** (20,048)	0,22** (16,121)
Konstante	0,90** (15,961)	-0,40** (-11,769)	0,35** (4,902)
R ² (in %)	10,43	8,00	14,44
korr. R ² (in %)	10,31	7,88	14,22
Δ R ²		6,44	
Fälle (N)	8330	8330	8330

Standardisierte Beta-Koeffizienten der multiplen Regression
T-Werte in Klammern
** signifikant p < 0,01
* signifikant p < 0,05

1: Referenz: Alter < 27
2: Referenz: Männlich
3: Referenz: sonstige Nichterwerbstätige
4: Referenz: USA

Ländervariablen sind nach Höhe der Beta-Koeffizienten von Modell 6 sortiert

Die Effekte der einzelnen Länder zeigen, dass sich in den liberalen und radikalen Staaten die geringste Unterstützung für staatliche Umverteilung findet. Die USA und Neuseeland zeigen keine signifikanten Unterschiede – die Unterstützung für Umverteilung ist dort am geringsten. Dies bestätigt die Vermutung, dass sich Staaten, die nur geringfügig umverteilen, auch nur geringe Unterstützung für solche politischen Programme findet. In Australien, dem zweiten radikalen Staat ist die Unterstützung etwas

größer, die größere Ausnahme unter den liberalen Staaten ist jedoch Großbritannien: Das Unterstützungsniveau liegt auf dem Niveau von Ost-Deutschland und damit weiter über den anderen Staaten der liberalen/radikalen Welt. Dies ist vermutlich auf die Vergangenheit Großbritanniens mit einem stärker ausgebauten Wohlfahrtsstaat zurückzuführen, die in den Einstellungen noch weiterwirkt. Im Mittelfeld finden sich bunt gemischt die konservativen, rudimentären und sozialdemokratischen Staaten. West-Deutschland hat dabei die niedrigste Unterstützung, Spanien die höchste. Auffallend sind die relativ niedrigen Werte der sozialdemokratischen Staaten Schweden und Norwegen, die noch unter den Werten von Frankreich und Spanien liegen. Ad hoc kann vermutet werden, dass diese niedrige Einstellung gerade wegen dem stark umverteilenden Wohlfahrtsstaat in den sozialdemokratischen Ländern zustande kommt: Der Wohlfahrtsstaat ist bereits so groß ausgebaut, dass Folgeprobleme, wie eine übergroße Bürokratie im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Erwähnenswert ist der Unterschied zwischen Ost- und West-Deutschland: In den neuen Bundesländern finden egalitäre Maßnahmen deutlich eine größere Unterstützung, die allerdings nicht ganz so hoch wie in Ungarn und Polen ist. Diese ex-sozialistischen Staaten besitzen die höchste Unterstützung, Polen liegt dabei an der Spitze. Werden in Modell 6 Mikrovariablen und Länderdummies in eine Regressionsgleichung aufgenommen, erhöht sich die erklärte Varianz um 6,4 Prozentpunkte (ΔR^2). Die Länderunterschiede bleiben bis auf kleine Unterschiede erhalten: Die Effekte von West-Deutschland sind nicht mehr signifikant von den USA unterschiedlich, Frankreich verändert seine Position minimal.

4.2 Die Unterstützung des Funktionalismus

Der Funktionalismus betont die positive Wirkung großer Einkommensunterschiede für die Motivation des Einzelnen und den Wohlstand der Allgemeinheit. Die Variablen der Mikroebene erklären 2,5 % der Varianz und trägt damit deutlich weniger zur Erklärung bei als die Mikroebene beim Egalitarismus-Etatismus (Tabelle 8, Modell 1). Der größte Einfluss lässt sich der Bildungsvariablen zuordnen: Je höher die Schulbildung, desto schwächer ist die Unterstützung für funktionalistische Konzepte. Dies überrascht, da dieser Effekt auf den ersten Blick den Ergebnissen für egalitär-etatistische Konzepte widerspricht – die Unterstützung für umverteilende Maßnahmen und damit weniger Ungleichheit war bei den Bessergebildeten geringer. Es lässt sich vermuten, dass der Egalitarismus-Etatismus als konkrete politische Maßnahme stärker aus einer Interessensperspektive bewertet wird. Wird hingegen die Motivationsfunktion von Einkommensunterschieden angesprochen, treten Interessensorientierungen in den Hintergrund und es werden andere Bewertungsmaßstäbe herangezogen. Da eine längere Ausbildungszeit meist zu einem besseren Verdienst führt, kann man in Anlehnung an Inglehart annehmen, dass Bessergebildete stärker postmodern orientiert sind und sich im Beruf nicht so stark über den Lohn, sondern durch interessante und sinnvolle Tätigkeiten motivieren (Inglehart 1998: 69). Der Motivationseffekt der Einkommensunterschiede wird dementsprechend weniger stark gesehen, da andere Motivationsfaktoren in den Vordergrund rücken. Zusätzlich finden sich geschlechtsspezifische Effekte: Frauen sehen die Motivationskraft durch große Einkommensunterschiede weniger stark als

Tabelle 8: Funktionalismus: Einstellungsvariationen 1999 (Modell 4 – 8)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter 27 - 41 ¹	0,02		0,00
	0,959		-0,157
Alter 42 - 56 ¹	0,02		0,00
	1,121		-0,277
Alter > 56 ¹	0,01		-0,02
	0,302		-1,041
Geschlecht ²	-0,08**		-0,07**
	-7,023		-6,377
Schuljahre	-0,12**		-0,18**
	-9,960		-11,607
Schichtselbestufung	0,05**		0,02
	4,046		1,914
Selbständigkeit	-0,01		0,00
	-0,964		0,121
Öffentlicher Sektor	-0,03**		-0,03**
	-2,833		-2,948
arbeitslos ³	0,02		0,00
	1,413		0,319
erwerbstätig ³	0,01		-0,01
	0,364		-0,546
Einkommen	-0,04**		-0,03*
	-3,917		-2,520
Ungarn ⁴		-0,14**	-0,17**
		-10,241	-11,423
Großbritannien ⁴		-0,02	-0,03*
		-1,300	-2,196
Neuseeland ⁴		0,01	0,01
		0,493	0,464
Norwegen ⁴		-0,01	-0,02
		-0,664	-1,500
Australien ⁴		0,06**	0,04**
		4,101	3,081
Spanien ⁴		0,08**	0,05**
		5,805	3,497
Schweden ⁴		0,07**	0,06**
		4,965	3,972
Ost-Deutschland ⁴		0,10**	0,08**
		8,438	6,868
Polen ⁴		0,13**	0,11**
		9,351	7,979
Frankreich ⁴		0,04**	0,13**
		2,961	8,224
West-Deutschland ⁴		0,16**	0,13**
		12,089	9,808
Konstante	0,28**	-0,13**	0,43**
	4,723	5,906	-3,823
R ² (in %)	2,45	8,04	10,62
korr. R ² (in %)	2,32	7,92	10,38
Δ R ²		2,47	
Fälle (N)	8330	8330	8330

Standardisierte Beta-Koeffizienten der multiplen Regression

T-Werte in Klammern

** signifikant $p < 0,01$

* signifikant $p < 0,05$

1: Referenz: Alter < 27

2: Referenz: Männlich

3: Referenz: sonstige Nichterwerbstätige

4: Referenz: USA

Ländervariablen sind nach Höhe der Beta-Koeffizienten von Modell 3 sortiert

Männer und sprechen sich folglich weniger stark für funktionalistische Konzepte aus. Die Altersvariablen zeigen keine signifikanten Effekte. Je größer das Einkommen, desto weniger werden funktionalistische Konzepte unterstützt. Dies widerlegt die Hypothese, dass wohlhabende Personen stärker funktionalistisch eingestellt sind. Die positiven Effekte der Schichtselbestufung scheinen die Hypothese allerdings wieder zu bestätigen. Dieser Effekt tritt allerdings nur auf, wenn alle Länder in

die Regressionsgleichung aufgenommen sind. Werden die Länder hingegen einzeln untersucht, zeigt die Schichtselbsteinstufung keinerlei Effekte (vgl. Alber 2006: 76). Einen geringen Effekt zeigt der öffentliche Sektor: Eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst führt zu einer leicht geringeren Unterstützung für funktionalistische Konzepte, was sich mit der relativen Marktferne des öffentlichen Sektors erklären lässt. Die Effekte der Mikroebene finden sich in ähnlich starken Ausprägungen, wenn die Länderdummies in die Analyse mit aufgenommen werden (Modell 3).

Die Hypothese, dass die Unterstützung für den Funktionalismus durch unterschiedliche Regimetypen bedingt ist, darf auf den ersten Blick als widerlegt gelten. Im zwischenstaatlichen Vergleich in Modell 5 sind die Länder der einzelnen Regime teilweise sogar sehr stark auseinander gerissen. Die ex-sozialistischen Staaten zeigen große Unterschiede: Ungarn weist die stärkste Ablehnung aller Staaten auf, während sich in Polen fast die größte Zustimmung findet. Ähnliches gilt für die sozialdemokratischen Staaten Schweden (größere Unterstützung) und Norwegen (geringere Unterstützung). Auch die konservativen Staaten Deutschland (Ost und West) und Frankreich haben unterschiedlich starke Unterstützungspotentiale, Spanien als rudimentärer Wohlfahrtsstaat liegt dazwischen. Die radikalen Staaten befinden sich in der Mitte der Skala, wobei Australien größere Zustimmung zum Funktionalismus besitzt als Neuseeland. Der Unterschied zwischen Ost- und West-Deutschland ist nicht so ausgeprägt wie bei anderen Wohlfahrtskonzepten – in beide Staaten findet sich große Unterstützung für funktionalistische Konzepte, West-Deutschland besitzt sogar die größte Unterstützung aller analysierten Staaten. Keine signifikanten Unterschiede zu den USA können in Großbritannien, Neuseeland und Norwegen gefunden werden, eine größere Unterstützung als im Referenzland USA findet sich in Frankreich, Australien, Schweden, Spanien, Ost-Deutschland, Polen und West-Deutschland (in dieser Reihenfolge). Werden lediglich die Länderdummies in die multivariate Analyse aufgenommen, erklärt das Regressionsmodell rund 8 % der vorhandenen Varianz. Die Länderunterschiede tragen stärker zur Erklärung von Einstellungsunterschieden bei als die Mikrovariablen in Modell 1, die nur 2,5 % der Varianz erklären. Werden in Modell 3 die Mikrovariablen zusätzlich in die Regressionsgleichung aufgenommen, verbessert sich die Erklärungskraft um 2,5 Prozentpunkte (ΔR^2). Die Effekte der Länder verändern sich geringfügig: Großbritannien besitzt unter Kontrolle der Mikrovariablen einen negativen Beta-Koeffizienten und der Länderdummy Frankreich erzielt nun einen gleich großen Effekt wie West-Deutschland.¹⁶

4.3 Die Unterstützung des Investitionsprinzips

Folgt eine Lohnverteilung dem Investitionsprinzip, geben getragene Verantwortung, die Dauer der Ausbildung und die Zahl der beaufsichtigten Personen den Ausschlag für die Lohnhöhe. Das Investitionsprinzip ist dem Bereich der meritokratischen Konzepte zuzuordnen, die Lohnzuteilung erfolgt stark

¹⁶ Die Veränderung des Effekts des Frankreich-Dummies ist im Wesentlichen auf die Kontrolle der Bildungsvariablen zurückzuführen.

Tabelle 9: Investitionsprinzip: Einstellungsvariationen 1999 (Modell 4 – 8)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter 27 - 41 ¹	0,02 0,972		0,02 1,022
Alter 42 - 56 ¹	0,05* 2,597		0,05* 2,759
Alter > 56 ¹	0,13** 6,897		0,13** 6,918
Geschlecht ²	0,11** 9,506		0,10** 8,717
Schuljahre	0,06** 4,700		0,10** 6,376
Schichtselbestufung	0,08** 6,732		0,09** 7,049
Selbständigkeit	-0,02 -1,530		-0,01 -1,286
Öffentlicher Sektor	-0,03* -2,638		0,00 -0,366
arbeitslos ³	0,00 -0,207		-0,01 -0,636
erwerbstätig ³	-0,02 -1,204		-0,01 -0,891
Einkommen	0,01 0,826		-0,01 -0,530
Ungarn ⁴		-0,05** -3,765	-0,02 -1,338
Polen ⁴		-0,04** -2,564	-0,01 -0,731
Großbritannien ⁴		-0,05** -3,479	-0,04* -2,750
West-Deutschland ⁴		-0,06** -4,633	-0,05** -3,411
Neuseeland ⁴		-0,05** -3,793	-0,05** -3,722
Australien ⁴		-0,05** -3,434	-0,05** -3,783
Ost-Deutschland ⁴		-0,06** -5,052	-0,05** -3,825
Spanien ⁴		-0,11** -7,240	-0,08** -5,271
Schweden ⁴		-0,10** -7,270	-0,09** -6,304
Norwegen ⁴		-0,14** -9,548	-0,13** -8,581
Frankreich ⁴		-0,12** -8,325	-0,15** -8,819
Konstante	-0,58** -10,011	0,26** 7,400	-0,51** -6,808
R ² (in %)	2,92	1,82	4,82
korr. R ² (in %)	2,80	1,69	4,56
Δ R ²		3,00	
Fälle (N)	8330	8330	8330

Standardisierte Beta-Koeffizienten
der multiplen Regression
T-Werte in Klammern
** signifikant p < 0,01
* signifikant p < 0,05

1: Referenz: Alter < 27
2: Referenz: Männlich
3: Referenz: sonstige Nichterwerbstätige
4: Referenz: USA

Ländervariablen sind nach Höhe
der Beta-Koeffizienten von
Modell 3 sortiert

hierarchisch. Die Analyse der Mikroebene (Tabelle 9, Modell 1) zeigt zwar deutliche Effekte, erklärt allerdings nur 2,9 % der vorhandenen Varianz. Darunter sticht vor allem der deutliche Alterseffekt ins Auge, der bei steigendem Alter Schritt für Schritt zunimmt. Bei den jüngsten Befragten besitzen Güterverteilungen, die sich an der erbrachten Investition messen, die geringste Unterstützung; Bei den Personen über 56 Jahren findet sich die größte Unterstützung. Ältere Menschen legen folglich größe-

ren Wert auf meritokratisch-hierarchische Belohnungen als Jüngere. Auch Frauen sprechen sich stärker für das Investitionsprinzip aus. Ein überraschendes Ergebnis, vor allem da sich Frauen bei egalitär-etatistischen Konzepten stärker für Umverteilung und gegen Ungleichheit aussprechen. Mit einem Interessensansatz gut erklärbar ist der Effekt der Bildung: Unter den Höhergebildeten finden sich größere Unterstützer des Investitionsprinzips. Gebildete haben bereits Investitionen getätigt und erwarten in der Folge bessere Marktchancen, weshalb sie zu den größeren Unterstützern des Investitionsprinzips zählen. Auch Personen, die sich in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter oben einstufen, sprechen sich stärker für das Investitionsprinzip aus. Personen in oberen Schichten besitzen meist höhere Bildung oder eine verantwortliche Stellung, so dass diese Effekte nicht verwundern. Eine geringfügig schwächere Zustimmung äußern die Beschäftigten des öffentlichen Sektors. Dieser Effekt verschwindet allerdings, wenn in Modell 3 die Länderdummies in die Analyse aufgenommen werden. Keinerlei Effekte erzielen Selbständigkeit, Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit und Einkommen.

Auch die multivariate Analyse unter Einschluss der Länder zeigt ebenfalls Länderunterschiede, allerdings besitzt Modell 2 mit nur 1,8 % erklärter Varianz eine sehr geringe Erklärungskraft und ist damit weniger aussagekräftig als die Variablen der Mikroebene. Die höchste Unterstützung findet sich in den liberalen USA, gefolgt von den ex-sozialistischen Staaten Polen und Ungarn. Die Hypothese von der sozialistischen Prägung, die für anti-meritokratische Einstellungsmuster sorgt, kann zumindest für das Leistungsprinzip nicht aufrechterhalten werden. In Modell 3 ergeben sich sogar keine signifikanten Unterschiede zwischen den USA und den ex-sozialistischen Staaten. Es stellt sich die Frage, warum sich in den ex-sozialistischen Staaten gleichzeitig große Unterstützungen für staatliche Umverteilung und für das Investitionsprinzip finden. Als Gründe können hier nur

Ad-hoc-Hypothesen aufgestellt werden: Eventuell spiegelt die hohe Zustimmung zum Egalitarismus die Sehnsucht nach der ökonomischen Sicherheit des sozialistischen Systems wieder, die auf Grund von Problemen während des Transformationsprozesses aufkommt. Die nivellierende Gleichheit des Sozialismus auf niedrigem ökonomischem Niveau ist allerdings ebenfalls diskreditiert, so dass zusätzlich meritokratische Prinzipien vertreten werden. Dahinter steht die Sehnsucht, die „guten“ Seiten beider Regime zu vereinen. Im Anschluss an die ex-sozialistischen Staaten folgt ein breites Mittelfeld aus Großbritannien, Neuseeland, Australien, West- und Ost-Deutschland, die alle ähnlich große Beta-koeffizienten besitzen. Ost-Deutschland folgt beim Investitionsprinzip keinen ex-sozialistischen Sonderweg, sondern eine gleich große Unterstützung wie die alten Bundesländer. In der Gruppe mit der geringsten Unterstützung befinden sich die sozialdemokratischen Staaten Schweden, und Norwegen, sowie Spanien und Frankreich. Werden in Modell 3 die Mikrovariablen mit in die Analyse aufgenommen, wird die Erklärungskraft um 3 Prozentpunkte verbessert (ΔR^2). Die Effekte verändern sich geringfügig: Polen und Ungarn besitzen nun keinen signifikanten Unterschied mehr zu den USA.

4.4 Die Unterstützung des reinen Leistungsprinzips

Das reine Leistungsprinzip steht für eine ungleiche Lohnverteilung nach der Qualität („wie gut“) und Quantität („wie hart“) der verrichteten Arbeit, nicht berücksichtigt werden andere Merkmale der Arbeit wie Berufshierarchie oder Status. Die Variablen der Mikroebene besitzen lediglich eine geringe Erklärungskraft (Tabelle 10, Modell 1, $R^2 = 1,4 \%$). Da das reine Leistungsprinzip einen egalitären Akzent besitzt, wird es von breiten Bevölkerungsschichten vertreten. Interessensgegensätze spielen eine geringe Rolle, folglich finden sich nur geringe Effekte der Schichtvariablen. Darin unterscheidet sich das reine Leistungsprinzip vom Investitionsprinzip, das ebenfalls zur Gruppe der meritokratischer Konzepte gehört. Das Investitionsprinzip wirkt hierarchisierend, so dass die Schichtvariablen der Mikroebene stärkere Einflüsse besitzen. Die Alterskohorten zeigen einen nicht-linearen Effekt, in der Gruppe zwischen 42 und 56 Jahren findet sich eine signifikant geringere Unterstützung. Eine stärkere Unterstützung meritokratischer Konzepte bei älteren Menschen findet sich beim lediglich beim Investitionsprinzip (Kapitel 4.3). Ältere Menschen sind nicht per se stärker für meritokratische Ungleichheit, sondern nur im Falle von Berufs- und Verantwortungshierarchien. Im Modell 3 zeigt sich auch bei den über 56-Jährigen abnehmende Unterstützung. Frauen zeigen wie schon beim Investitionsprinzip eine signifikant höhere Unterstützung. Schichtselbsteinstufung und Einkommen zeigen sich widersprechende Effekte. Eine höhere Sichtselbsteinstufung führt zu abnehmender Zustimmung, das steigende Einkommen jedoch zu wachsender Zustimmung. Einen negativen Effekt erzielt auch die Tätigkeit im öffentlichen Sektor.

Die Länderdummies erzielen in Modell 2 eine bessere Erklärungskraft (4,4 % erklärte Varianz) als die Mikrovariablen in Modell 1. Im zwischenstaatlichen Vergleich lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern identifizieren. Die sozialdemokratischen Länder besitzen eine im Vergleich zu den anderen Ländern niedrigere Unterstützung, in Schweden findet sich dabei niedrigere Zustimmung als in Norwegen. Dies stimmt mit unseren Hypothesen überein, dass im sozialdemokratischen Universalismus meritokratische Konzepte weniger stark betont werden. Die konservativen und rudimentären Staaten bilden keinen einheitlichen Block: In Frankreich und Spanien ist die Unterstützung gering, während sich Ost- und West-Deutschland durch hohe Werte auszeichnen. In Ost-Deutschland ist die Unterstützung sogar höher als in den alten Bundesländern. In den liberalen Staaten hatten wir die größte Unterstützung für das Leistungsprinzip vermutet – diese Hypothese wird nur teilweise bestätigt. In den USA und in Neuseeland wird das reine Leistungsprinzip am stärksten unterstützt, Großbritannien und Australien befinden sich im Mittelfeld. Im ex-sozialistischen Ungarn besteht wie bereits beim Investitionsprinzip große Unterstützung und unterscheidet sich nicht signifikant von den USA, Polen liegt im Mittelfeld. Werden Mikrovariablen und Länderdummies in eine gemeinsame Regressionsgleichung aufgenommen (Modell 3), verbessert sich die erklärte Varianz um 0,7 Prozentpunkte, die Mikroebene trägt nur unwesentlich zur Erklärung bei.

Tabelle 10: Reines Leistungsprinzip: Einstellungsvariationen 1999 (Modell 1 – 3)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter 27 - 41 ¹	-0,02 -1,356		-0,03 -1,615
Alter 42 - 56 ¹	-0,06** -3,344		-0,07** -3,743
Alter > 56 ¹	-0,04 -1,898		-0,05* -2,566
Geschlecht ²	0,03* 2,765		0,02 1,703
Schuljahre	-0,02 -1,401		0,00 -0,198
Schichtselbsteinstufung	-0,04** -3,834		-0,03* -2,629
Selbständigkeit	0,01 1,117		0,02 1,817
Öffentlicher Sektor	-0,08** -6,892		-0,05** -3,869
arbeitslos ³	-0,01 -1,241		-0,02 -1,693
erwerbstätig ³	0,03 1,963		0,02 1,068
Einkommen	0,05** 4,417		0,04** 3,871
Ungarn ⁴		0,02 1,537	0,02 1,245
Neuseeland ⁴		0,00 -0,246	0,00 0,171
Ost-Deutschland ⁴		0,00 -0,081	0,00 0,120
West-Deutschland ⁴		-0,03* -2,373	-0,03* -2,041
Australien ⁴		-0,08** -5,630	-0,07** -5,019
Polen ⁴		-0,08** -5,569	-0,07** -5,204
Großbritannien ⁴		-0,10** -7,564	-0,10** -7,060
Norwegen ⁴		-0,11** -7,585	-0,10** -6,654
Frankreich ⁴		-0,14** -9,427	-0,12** -7,247
Schweden ⁴		-0,14** -10,099	-0,13** -8,920
Spanien ⁴		-0,15** -10,757	-0,16** -10,503
Konstante	0,20** 3,432	0,27** 7,649	0,40** 5,222
R ² (in %)	1,36	4,44	5,18
korr. R ² (in %)	1,23	4,31	4,93
Δ R ²		0,74	
Fälle (N)	8330	8330	8330

Standardisierte Beta-Koeffizienten
der multiplen Regression
T-Werte in Klammern
** signifikant p < 0,01
* signifikant p < 0,05

1: Referenz: Alter < 27
2: Referenz: Männlich
3: Referenz: sonstige Nichterwerbstätige
4: Referenz: USA

Ländervariablen sind nach Höhe
der Beta-Koeffizienten von
Modell 3 sortiert

4.5 Die Unterstützung des Familialismus

Familialistische Wohlfahrtskonzepte schreiben der sozialen Einheit „Familie“ eine besondere Rolle zu. Die Familie hat bestimmte Aufgaben zu erfüllen, vor allem steht sie nach dem Subsidiaritätsprinzip als Wohlfahrtsproduzent zur Verfügung, die staatlichen Programme unterstützen meist

Hauptverdienermodelle. Im Rahmen der ISSP-Daten wurde der Familialismus mit den Fragen nach einer Berücksichtigung von Kind und Familie bei der Lohngestaltung abgefragt. Die Einstellungsvariationen der Mikroebene (Modell 1, Tabelle 11) erklärt eine Varianz von 3,8 %. Dabei zeigt sich, dass der Familialismus in der jüngsten Alterkohorte bis 26 Jahren größere Unterstützung bekommt als in den Referenzgruppen. Untersucht man jedoch die Alterseffekte der einzelnen Länder (Alber 2006: 99 f.) zeigen sich sehr uneinheitliche Ergebnisse, die sich einer konsistenten Interpretation entziehen. Steigt die Zeit, die im Bildungssystem verbracht wurde, stimmen die Menschen weniger stark dem Familialismus zu. Ursache sind die besseren Marktchancen der Gebildeten, die deshalb nicht auf zusätzliche finanzielle Unterstützung bei familiärer Belastung angewiesen sind. Frauen zeigen keine signifikant andere Zustimmung als Männer. Eine höhere Schichtselbsteinstufung und höheres Einkommen wirkt sich negativ auf die Unterstützung aus. In der gesellschaftlichen Hierarchie höher stehende Gruppen sind nicht auf einen Familienbonus beim Lohn angewiesen und zeigen deshalb weniger Zustimmung für Konzepte, die die Bedürftigkeit der Familie berücksichtigen. Nicht Erwerbstätige und Arbeitslose unterstützen den Familialismus stärker als der arbeitende Teil der Bevölkerung. Dieser Effekt ist leicht erklärbar, da sich diese Bevölkerungsgruppen nicht über den Markt absichern und deshalb stärker auf familiäre Unterstützung angewiesen sind.

Die multivariate Analyse zeigt deutliche Länderunterschiede: Modell 2 mit den Länderdummies erklärt eine Varianz von 7,7 % und kann besser zur Erklärung beitragen als Modell 1 mit den Mikrovariablen. Die größte Unterstützung findet sich im rudimentären Spanien, gefolgt vom konservativen West-Deutschland, Frankreich, Ost-Deutschland und den USA. Die stärkste Unterstützung in den konservativen und rudimentären Staaten überrascht nicht, betrachtet man die traditionell große Bedeutung, welche die Familie in diesen Staaten besitzt. Auch die staatlichen Wohlfahrtssysteme sind in diesen Staaten auf die Familie als Wohlfahrtsproduzent ausgerichtet. In Spanien, wo rudimentäre Sicherungssysteme die Abhängigkeit von der Familie am größten machen, ist die Unterstützung am höchsten. Im Anschluss liegen die liberalen Staaten Großbritannien, USA und Neuseeland. Diese relativ große Bedeutung der Familie ist vermutlich auf die geringen staatlichen Wohlfahrtsleistungen in diesen Ländern zurückzuführen – die Familie bleibt dort ein zentraler Produzent für die individuelle Wohlfahrt. Die geringste Unterstützung bekommen familialistische Konzepte in den sozialdemokratischen und ex-sozialistischen Staaten. In diesen Staaten spielt die Familie als Versorgungseinheit eine wesentlich geringere Rolle als in den konservativen Staaten, die geringe Zustimmung zum Familialismus ist folgerichtig. Auch in Australien ist die Zustimmung sehr gering. Die geringste Unterstützung besitzt das sozialdemokratische Schweden. Wird die Mikroebene mit in die Analyse aufgenommen (Modell 3), verbessert sich die Erklärungskraft des Modells um 4,7 Prozentpunkte. Die Rangfolge der Länder verändert sich unter der Kontrolle der sozialstrukturellen Variablen. Den Anfang machen nun Frankreich und Spanien, gefolgt von West- und Ost-Deutschland, die sich nicht mehr signifikant von den USA

Tabelle 11: Familialismus: Einstellungsvariationen 1999 (Modell 1 – 3)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter 27 - 41 ¹	-0,04*		
	-2,130		-2,124
Alter 42 - 56 ¹	-0,04*		-0,03*
	-2,118		-1,971
Alter > 56 ¹	-0,04*		-0,03
	-2,006		-1,932
Geschlecht ²	0,02		0,03*
	1,943		2,477
Schuljahre	-0,07**		-0,17**
	-5,913		-11,140
SchichtselbstEinstufung	-0,06**		-0,04**
	-5,060		-3,625
Selbständigkeit	0,00		0,01
	-0,337		0,557
Öffentlicher Sektor	0,00		0,04**
	0,379		3,589
Arbeitslos ³	0,02		0,02
	1,363		1,662
Erwerbstätig ³	-0,05**		-0,06**
	-3,669		-4,332
Einkommen	-0,11**		-0,09**
	-9,405		-8,499
Frankreich ⁴		-0,01	0,06**
		-0,991	3,979
Spanien ⁴		0,11**	0,06**
		8,040	4,479
West-Deutschland ⁴		0,04**	0,01
		3,397	0,618
Ost-Deutschland ⁴		0,02	-0,02
		1,366	-1,251
Neuseeland ⁴		-0,05**	-0,06**
		-3,847	-4,612
GB ⁴		-0,03**	-0,06**
		-2,075	-4,558
Norwegen ⁴		-0,07**	-0,09**
		-4,498	-6,190
Ungarn ⁴		-0,06**	-0,12**
		-4,366	-8,348
Australien ⁴		-0,13**	-0,15**
		-9,826	-11,386
Polen ⁴		-0,10**	-0,15**
		-7,702	-10,844
Schweden ⁴		-0,18**	-0,21**
		-13,321	-15,305
Konstante	0,58**	0,13**	0,98**
	9,925	3,924	13,468
R ² (in %)	3,83	7,71	12,36
korr. R ² (in %)	3,70	7,59	12,13
Δ R ²			
Fälle (N)	8330	8330	8330

Standardisierte Beta-Koeffizienten
der multiplen Regression
T-Werte in Klammern
** signifikant p < 0,01
* signifikant p < 0,05

1: Referenz: Alter < 27

2: Referenz: Männlich

3: Referenz: sonstige Nichter-
werbstätige

4: Referenz: USA

Ländervariablen sind nach Höhe
der Beta-Koeffizienten von
Modell 3 sortiert

unterscheiden. Im Anschluss liegen Neuseeland und Großbritannien, den Abschluss bilden weiterhin die sozialdemokratischen, ex-sozialistischen Staaten und Australien, wobei sich nun zwischen Australien und Polen kein signifikanter Unterschied mehr feststellen lässt.

4.6 Die Unterstützung des Chancengleichheit-Marktliberalismus-Index

Das Wohlfahrtskonzept Chancengleichheit/Marktliberalismus fragt nach, ob es gerecht/ungerecht ist, wenn sich Menschen mit höherem Einkommen bessere Gesundheits- und Bildungschancen erkaufen können. Der entsprechende Index wurde so konstruiert, dass ein höherer Wert für eine größere Zustimmung zur Chancengleichheit steht. Die Mikroebene erklärt eine Varianz von 3 %, dabei zeigen unter den Altersgruppen die Personen über 56 Jahren eine niedrigere Zustimmung zur Chancengleichheit (Tabelle 12). Der Alterseffekt variiert jedoch stark von Land zu Land (Alber 2006: 106). Einen schwachen Effekt zeigt die Bildungsvariable: Frauen votieren stärker für Chancengleichheit als Männer. Einen positiven Effekt zeigt die Bildungsvariable: Dies kann als Aufklärungseffekt von Bildung interpretiert werden. Damit wird die Hypothese bestätigt, dass sich höhere Bildung vor allem auf die Unterstützung abstrakter Ideale (hier: Chancengleichheit) auswirkt. Konkrete Programme, wie staatliche Umverteilung oder progressive Besteuerung werden stärker nach Interessensgesichtspunkten bewertet (Jackman/Muha 1984: 753). Je höher die Schicht, der sich Befragte zuordnen, desto schwächer ist das Ungerechtigkeitsempfinden bei ungleicher Chancenverteilung. Höhere Schichten sprechen sich folglich weniger stark für Chancengleichheit aus. Einen weiteren Effekt zeigen die Beschäftigten des öffentlichen Sektors, die sich stärker für Chancengleichheit aussprechen.

Im zwischenstaatlichen Vergleich zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, erklärt wird eine Varianz von 15,5 %. Chancengleichheit ist das Konzept, bei dem die Länderunterschiede im Vergleich zu den fünf anderen Wohlfahrtskonzepten die größte Erklärungskraft besitzen. Die geringste Unterstützung findet sich in den liberalen und radikalen Staaten: In Großbritannien, Australien, Neuseeland und den USA wird Chancengleichheit am geringsten unterstützt. In diesen Staaten spielt der Markt als Verteilungsmechanismus eine bedeutende Rolle, staatliche Interventionen werden kritischer betrachtet: Die geringe Unterstützung für Chancengleichheit ist folgerichtig. Auch Polen zeigt überraschenderweise eine niedrige Unterstützung – in den ex-sozialistischen Staaten hatten wir mit großer Zustimmung für Gleichheitskonzepte gerechnet hatten. In Ungarn ist die Unterstützung allerdings hoch und scheint die Hypothese zu bestätigen. Die ex-sozialistischen Staaten liegen bei der Unterstützung von Chancengleichheit, ganz im Gegensatz zum Egalitarismus-Etatismus, sehr weit auseinander. Eine mittlere Position nehmen die sozialdemokratischen Staaten Norwegen und Schweden ein, ihre Unterstützung liegt teilweise sogar unter den Werten der konservativen und rudimentären Staaten. Frankreich besitzt die größte Unterstützung. Die Ähnlichkeit von konservativen, radikalen und sozialdemokratischen Staaten überrascht – in unseren Hypothesen hatten wir mit stärkerer Unterstützung in den sozialdemokratischen Staaten gerechnet. Wird die Mikroebene in die Analyse mit aufgenommen, verbessert sich die Erklärungskraft nur unwesentlich um 0,9 Prozentpunkte, die Rangfolge der einzelnen Länder bleibt erhalten.

Tabelle 12: Chancengleichheit vs. Marktliberalismus: Einstellungsvariationen 1999 (Modell 1 – 3)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter 27 - 41 ¹	-0,02		-0,01
	-1,221		-0,619
Alter 42 - 56 ¹	0,01		0,01
	0,580		0,670
Alter > 56 ¹	-0,04**		-0,03
	-2,153		-1,897
Geschlecht ²	0,02*		0,04**
	1,980		3,938
Schuljahre	0,10**		0,02
	8,580		1,285
SchichtselbstEinstufung	-0,13**		-0,07**
	-11,570		-6,298
Selbständigkeit	-0,02		-0,01
	-2,025		-1,212
Öffentlicher Sektor	0,05**		0,03*
	4,038		2,294
arbeitslos ³	-0,01		-0,02
	-0,677		-1,406
erwerbstätig ³	-0,02		-0,03*
	-1,116		-2,223
Einkommen	-0,01		0,00
	-0,819		0,078
Großbritannien ⁴		-0,10**	-0,11**
		-8,154	-8,661
Australien ⁴		-0,01	-0,01
		-0,756	-0,572
Polen ⁴		0,03*	0,01
		2,044	0,796
Neuseeland ⁴		0,03*	0,03*
		2,250	2,173
West-Deutschland ⁴		0,09**	0,09**
		7,449	7,301
Norwegen ⁴		0,11**	0,11**
		8,164	7,933
Ost-Deutschland ⁴		0,15**	0,15**
		13,001	12,455
Schweden ⁴		0,18**	0,18**
		13,954	13,385
Spanien ⁴		0,20**	0,19**
		14,473	13,665
Ungarn ⁴		0,22**	0,20**
		16,667	14,183
Frankreich ⁴		0,30**	0,28**
		21,531	17,506
Konstante	0,16	-0,38	-0,16
	2,668	-11,656	-2,287
R ² (in %)	3,03	15,54	16,46
Korr. R ² (in %)	2,90	15,43	16,24
Δ R ²		0,93	
Fälle (N)	8330	8330	8330

Standardisierte Beta-Koeffizienten
der multiplen Regression

T-Werte in Klammern

** signifikant p < 0,01

* signifikant p < 0,05

1: Referenz: Alter < 27

2: Referenz: Männlich

3: Referenz: sonstige Nichterwerbstätige

4: Referenz: USA

Ländervariablen sind nach Höhe
der Beta-Koeffizienten von
Modell 3 sortiert

4.7 Kompositionen von Wohlfahrtskonzepten

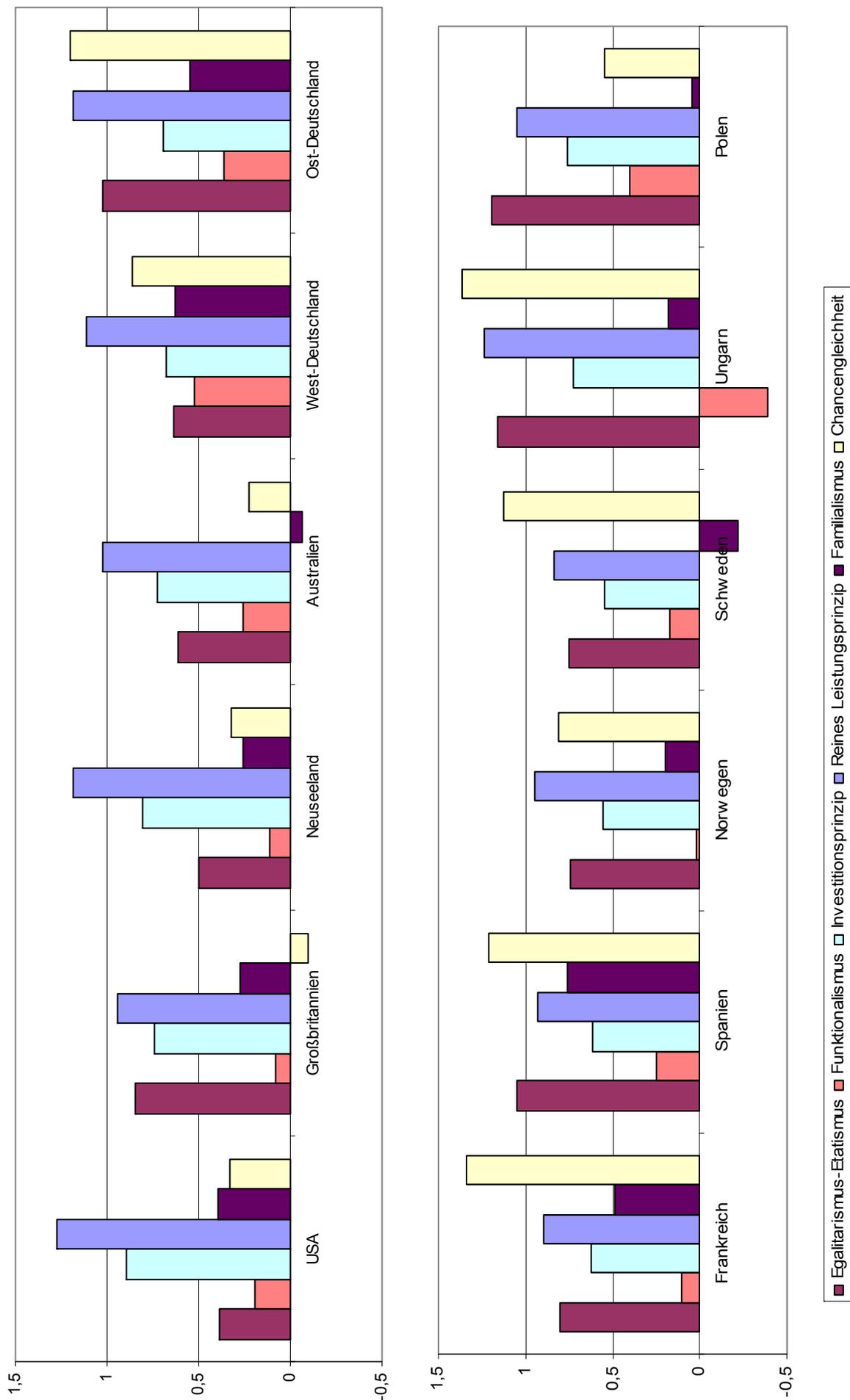
Abschließend sollen die Länderunterschiede der sechs Wohlfahrtskonzepte in anderer Darstellungsform präsentiert werden. Dazu wurden additive Indexe aus den Variablen der Faktoren gebildet, deren Skala jeweils von -2 bis +2 reicht. Der positive Bereich drückt jeweils eine Zustimmung zum untersuchten Konzept aus, eine negative Summe steht für Ablehnung des Konzepts. Abbildung 2 zeigt die additiven Indices und ihre Zusammensetzung innerhalb der zwölf untersuchten Länder. Diese Kompositionen von Wohlfahrtskonzepten können zum einen als Zusammenfassung der oben gefundenen Ergebnisse der Makroebene gelten, andererseits soll durch den Vergleich der Wohlfahrtskonzepte untersucht werden, ob sich in den einzelnen Ländern dominante Konzepte zeigen, die als bestimmend für ein einzelnes Land gelten können. Außerdem soll überprüft werden, ob sich die Einteilung der Länder in Wohlfahrtsregime auch in Bezug auf die Komposition von Wohlfahrtskonzepten bewährt.

Länder übergreifend besitzt das reine Leistungsprinzip überdurchschnittliche große Unterstützung, in fünf Länder liegt es an der Spitzenposition, in fünf weiteren liegt es auf dem zweiten Rang. Diese hohen Platzierungen sind vermutlich auf die Kombination aus Egalitarismus und Meritokratie zurückzuführen, die das Leistungsprinzip in sich vereint. Mit einem gewissen Recht kann man die untersuchten Staaten deshalb in Bezug auf die normativen Überzeugungen als „Leistungsgesellschaft“ bezeichnen. Die geringste Unterstützung besitzt hingegen der Funktionalismus, der in neun Ländern auf dem letzten Platz liegt. Während Einkommensunterschiede als Mittel der individuellen Belohnung stark unterstützt werden, erhält ein funktionaler Einsatz wesentlich weniger Zustimmung. Die übrigen Konzepte liegen meist in der Mitte und variieren stark von Land zu Land.

Die Gruppe der *liberalen und radikalen Staaten* zeigt Gemeinsamkeiten: In den USA, Großbritannien, Neuseeland und Australien besitzen die meritokratischen Konzepte (Leistungsprinzip und Investitionsprinzip) meist mit Abstand die höchste Unterstützung und können als dominant bezeichnet werden. Im Gegensatz dazu werden Familialismus, Chancengleichheit und Funktionalismus nur schwach unterstützt. Die größte Variation besitzt der Egalitarismus-Etatismus, in den USA ist die Unterstützung im Vergleich zu den dominanten meritokratischen Prinzipien sehr gering, in Australien, Neuseeland und insbesondere in Großbritannien findet sich eine größere Zustimmung. Zumindest im Hinblick auf die hier analysierten Wohlfahrtskonzepte bewährt sich die Unterscheidung zwischen liberalen und radikalen Staaten nicht, eher scheint Großbritannien mit der großen Unterstützung für den Egalitarismus-Etatismus ein Sonderfall zu sein.

Die überdurchschnittlich große Zustimmung zum Familialismus scheint eine der Gemeinsamkeiten der *konservativen und rudimentären Wohlfahrtsstaaten* zu sein. Weiter zeichnen sich diese Staaten durch eine ausgewogene Verteilung der Unterstützungen aus (insbesondere West-Deutschland). Ausnahme ist der Funktionalismus, der in Frankreich und Spanien nur wenig Unterstützung besitzt. Der Unterschied zu den liberalen Staaten besteht vor allem in der großen Unterstützung für Chancengleichheit, die in Ost-Deutschland, Frankreich und Spanien die höchste Zustimmung ge-

Abbildung 2: Kompositionen von Wohlfahrtskonzepten. Datenbasis: ISSP 1999. Additive Indices von -2 bis +2 (eigene Berechnung)



nießt. Auch der Egalitarismus-Etatismus besitzt mehr Unterstützung. Wegen der herausragenden Bedeutung des reinen Leistungsprinzips im Verhältnis zur Chancengleichheit und dem relativ niedrigen Wert für den Egalitarismus-Etatismus scheint West-Deutschland am wenigsten in die Gruppe der konservativen und rudimentären Staaten zu passen. Die Besonderheit des rudimentären Spaniens liegt in der größten Unterstützung für den Familialismus.

Große Ähnlichkeiten bestehen auch im *sozialdemokratischen* Länderduo: Die höchste Unterstützung besitzen Egalitarismus-Etatismus, reines Leistungsprinzip und Chancengleichheit. Funktionalismus und Familialismus finden kaum Zustimmung, in Schweden besitzt der Familialismus sogar negative Werte. Eine mittelgroße Zustimmung erhält das Investitionsprinzip. Auffällig sind auch die relativ geringen Spitzenwerte der drei dominanten Wohlfahrtskonzepte im Vergleich zu den Spitzenwerten anderer Staaten. Gemeinsamkeiten und Abweichungen finden sich in der Gruppe der *ex-sozialistischen Staaten*. Sowohl Ungarn als auch Polen besitzen große Unterstützung für den Egalitarismus-Etatismus und niedrige Zustimmung für den Familialismus. Diese Gemeinsamkeiten lassen sich durch die gemeinsame sozialistische Vergangenheit erklären. Auch die meritokratischen Prinzipien finden ähnlich hohe Unterstützung, wobei das reine Leistungsprinzip in Ungarn etwas stärker vertreten wird. Im Gegensatz zeichnen sich Chancengleichheit und Funktionalismus durch große Divergenzen aus. Der Funktionalismus wird in Polen deutlich positiver als in Ungarn bewertet, umgekehrt besitzt Chancengleichheit in Ungarn die höchste Unterstützung, während sich Polen sehr stark den liberalen und radikalen Staaten annähert. Diese Unterschiede zeigen, dass kaum von einem einheitlichen ex-sozialistischen Regimetyp geredet werden kann. Hier wäre weitere Arbeit nötig: Eine Studie, die mehr als zwei ex-sozialistische Staaten in die Analyse mit einbezieht, könnte untersuchen, ob 15 Jahre nach der Wende bereits unterschiedliche Entwicklungspfade innerhalb dieser Ländergruppe bestehen und wie sich diese Pfade mit Einstellungsmustern decken.¹⁷

¹⁷ Da sich kein einheitlicher ex-sozialistischer Regimetyp bildet, kann nicht beurteilt werden, ob Ost-Deutschland stärker konservativen oder ex-sozialistischen Einstellungen entspricht. Die starke Betonung des Familialismus spricht für ein konservatives Muster; der Egalitarismus-Etatismus für eine Zuordnung zu den ex-sozialistischen Staaten. Der Funktionalismus entspricht in etwa Polen und West-Deutschland, die Chancengleichheit ähnelt Ungarn.

Literatur

- Alber, Florian (2006): Die Unterstützung von Wohlfahrtskonzepten im internationalen Vergleich. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Universität Potsdam. Potsdam.
- Alber, Jens (2001): Hat sich der Wohlfahrtsstaat als soziale Ordnung bewährt? In: Allmendinger, Jutta (Hrsg.): Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000. Leske + Budrich. Opladen. Seite 1148 – 1209.
- Andreß, Hans-Jürgen; Burkatzki, Eckhard und Heien, Thorsten (1998): Projektantrag: Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen und Einstellungen der Bürger. WME-Arbeitspapier Nr. 1. Bielefeld.
- Andreß, Hans-Jürgen; Heien, Thorsten und Hofäcker, Dirk (2001/1): Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden.
- Andreß, Hans-Jürgen und Heien, Thorsten (2001/2): Four Worlds of Welfare State Attitudes? A Comparison of Germany, Norway, and the United States. In: *European Sociological Review* 17. Seite 337 – 356.
- Aristoteles (2002): Die Nikomachische Ethik. 5. Auflage. Deutscher Taschenbuch Verlag. München.
- Arts, Will und Gelissen, John (2001): Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter? In: *Acta Sociologica* 44. Seite 283 – 299.
- Bonoli, Giuliano (2000): Public Attitudes to Social Protection and Political Economy Traditions in Western Europe. In: *European Societies* 2. Seite 431 – 452.
- Campbell, Angus; Tollison, Robert D.; Miller, Warren E. und Stokes, Donald E. (1960): *The American Voter*. John Wiley & Sons. New York.
- Castles, Francis G. und Mitchell, Deborah (1993): Worlds of Welfare and Families of Nations. In: Castles, Francis G. (Hrsg.): *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*. Dartmouth. Aldershot. Seite 93 – 128.
- Cohen, R.L. (1986): *Justice. Views from the Social Science*. Plenum Press. New York.
- Deutsch, Morton (1975): Equity, equality, and need: Which value will be used as the basis of distributive justice? In: *Journal of Social Issues* 31/3. Seite 137 – 149.
- Duncker, Christian (2000): *Verlust der Werte? Wertewandel zwischen Meinungen und Tatsachen*. Deutscher Universitätsverlag. Wiesbaden.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Polity Press. Cambridge.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford University Press. Oxford.
- Ferrera, Maurizio (1996): The 'Southern Model' of Welfare in Social Europe. In: *Journal of European Social Policy* 6. Seite 17 – 37.
- Flora, Peter; Alber, Jens und Kohl, Jürgen (1977): Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. In: *Politische Vierteljahresschrift* 18. Seite 707 – 772.
- Goodin, Robert E. et al. (1999): *The real worlds of welfare capitalism*. Cambridge University Press. Cambridge.
- Götting, Ulrike (1998): *Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz*. Leske + Budrich. Opladen.
- Hasenfeld, Yeheskel und Rafferty, Jane (1989): The determinants of public attitudes towards the welfare state. In: *Social Forces* 67. Seite 1027 – 1048.

- Hamann, Silke; Karl, Astrid und Carsten G. Ullrich (2001): Gerechtigkeitsüberzeugungen und Solidaritätsbereitschaften im Wohlfahrtsstaat. In: Allmendinger, Jutta (Hrsg.): Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000. Leske + Budrich. Opladen. Seite 948 – 961.
- Hochschild, Jennifer L. (1981): What's fair? American Beliefs about Distributive Justice. Harvard University Press. Cambridge MA. London.
- Inglehart, Ronald (1971): The Silent Revolution in Europe. In: American Political Science Review 4. Seite 991 – 1017.
- Inglehart, Ronald (1998): Modernisierung und Postmodernisierung: kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Campus. Frankfurt a. M./New York.
- Jæger, Mads Meier (2005): Welfare state regimes and attitudes towards redistribution in 15 Western European countries: Is it really true that institutional regimes do not matter? URL: <http://www.unifr.ch/travsoc/espanet05/papers/pap17B-02.pdf>. Zuletzt eingesehen: 19.12.05.
- Jackman, Mary und Michael Muha (1984): Education and Intergroup Attitudes. In: American Sociological Review 49. Seite 751 – 769.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2002): Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. Leske + Budrich. Opladen.
- Kelley, Jonathan und Evans, M.D.R. (1993): The Legitimation of Inequality: Occupational Earnings in Nine Nations. In: American Journal of Sociology 99. Seite 75 – 125.
- Klages, Helmut und Gensicke, Thomas (1999): Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung. Speyer.
- Klein, Thomas und Schilling, Johannes-Georg (1994): Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Eine empirische Analyse. In: Politische Vierteljahresschrift, 35. Jahrgang, Heft 4. Seite 607 – 630.
- Kluegel, James R. und Miyano, Masaru (1995): Justice Beliefs and Support for the Welfare State in Advanced Capitalism. In: Kluegel, James R.; Mason, David S. und Wegener, Bernd: Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States. Aldine de Gruyter. New York. Seite 81 – 105.
- Lane, Robert E. (1986): Market Justice, Political Justice. In: American Political Science Review 80. Seite 383 – 402.
- Leibfried, Stephan (1992): Towards an European Welfare state? On Integrating Poverty Regimes into the EC. In: Ferge, Zsuzsa und Kolberg, Joj Eivind (Hrsg.): Social Policy in a changing europe. Westview Press. Seite 245 – 279.
- Lippl, Bodo (2000): "Welten der Gerechtigkeit" in "Welten wohlfahrtsstaatlicher Regimes" - Welche Einkommensungerechtigkeit nehmen Menschen in Europa wahr und welche Gerechtigkeitsordnung wollen sie? (ISJP-Arbeitsbericht No. 59). Humboldt-Universität. Berlin. URL: http://www.isjp.de/download/ISJP_WP_No59.pdf. Zuletzt eingesehen: 19.12.05.
- Lippl, Bodo (2003): Sozialer Wandel, wohlfahrtsstaatliche Arrangements und Gerechtigkeitsäußerungen im internationalen Vergleich. Analysen in postkommunistischen und westlich-kapitalistischen Ländern. Dissertation. Humboldt-Universität, Berlin. URL: <http://edoc.hu-berlin.de/docviews/abstract.php?lang=ger&id=25237>. Zuletzt eingesehen: 19.12.05.
- Liebig, Stefan und Wegener, Bernd (1995): Primäre und sekundäre Ideologien. Ein Vergleich von Gerechtigkeitsvorstellungen in Deutschland und den USA. In: Müller, Hans-Peter und Wegener, Bernd (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Leske + Budrich. Opladen. Seite 265 – 293.

- Mau, Steffen (1997): Ideologischer Konsens und Dissens im Wohlfahrtsstaat. Zur Binnenvariation von Einstellungen zu sozialer Ungleichheit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. In: Soziale Welt 48. Seite 17 – 38.
- Müller, Hans-Peter und Wegener, Bernd (1995): Die Soziologie vor der Gerechtigkeit. Konturen einer soziologischen Gerechtigkeitsforschung. In: Müller, Hans-Peter und Wegener, Bernd (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Leske + Budrich. Opladen. Seite 7 – 49.
- Pierson, Paul (2001): Coping with permanent austerity. Welfare state restructuring in different democracies. In: Ders. (Hrsg.): The new politics of the welfare state. Oxford University Press. Oxford. Seite 410 – 456.
- Rawls, John (1994): Eine Theorie der Gerechtigkeit, 8. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Roller, Edeltraud (1992): Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Westdeutscher Verlag. Opladen.
- Roller, Edeltraud (1999): Sozialpolitik und demokratische Konsolidierung. Eine empirische Analyse für die Neuen Bundesländer. In: Fritz Plasser et al. (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich. Peter Lang Verlag. Frankfurt am Main. Berlin. Seite 313 – 346.
- Sears, David O.; Lau, Richard R.; Tyler, Tom R. und Allen, Harris M. (1980): Self Interest vs. Symbolic Politics. Policy Attitudes and Presidential Voting. In: American Political Science Review 74. Seite 670 – 684.
- Svallfors, Stefan (1997): Worlds of Welfare and Attitudes to Redistribution: A Comparison of Eight Western Nations. In: European Sociological Review 13. Seite 283-304.
- Ullrich, Carsten G. (2000): Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates: Anmerkungen zum Forschungsstand. Arbeitspapiere: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung 22. Mannheim.
- Wegener, Bernd (1992): Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen. In: Zeitschrift für Soziologie 21, Seite 269 – 283.
- Wilensky, Harold L. (1975): The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures. University of California Press. Berkeley.
- Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (1987): International Social Survey Programme (ISSP) 1987. Codebook (ZA-No. 1680). Social Inequality. Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA). Köln.
- Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (1992): International Social Survey Programme (ISSP) 1992. Codebook (ZA-No. 2310). Social Inequality II. Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA). Köln.
- Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (1999): International Social Survey Programme (ISSP) 1999. CD-Rom (ZA-No. 3430). Social Inequality III. Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA). Köln.

Anhang: Frageformulierungen

Indikator	Frage	Antwortmöglichkeiten
<u>Etatismus-Egalitarismus</u>		
Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Einkommen abbauen	(Do you agree or disagree...) It is the responsibility of the government to reduce the differences in income between people with high incomes and those with low incomes.	5 Strongly agree 4 Agree 3 Neither agree nor disagree 2 Disagree 1 Strongly disagree 8 Can't Choose
Menschen mit hohem Einkommen sollten mehr Steuern zahlen	Do you think people with high incomes should pay a larger share of their income in taxes than those with low incomes, the same share, or a smaller share?	5 Much larger share 4 Larger 3 The same share 2 Smaller 1 Much smaller share 8 Can't Choose
<u>Funktionalismus</u>		
Lange Ausbildung nur bei höherem Lohn	(Do you agree or disagree...) No one would study for years to become a lawyer or doctor unless they expected to earn a lot more than ordinary workers.	5 Strongly agree 4 Agree 3 Neither agree nor disagree 2 Disagree 1 Strongly disagree 8 Can't Choose
Große Einkommensunterschiede sind nötig für den Wohlstand	Large differences in income are necessary for [COUNTRY'S] prosperity.	5 Strongly agree 4 Agree 3 Neither agree nor disagree 2 Disagree 1 Strongly disagree 8 Can't Choose
<u>Meritokratie: Investition</u>		
Lohnkriterium: Verantwortung	(In deciding how much people ought to earn, how important should each of these things be, in your opinion ...) ...how much responsibility goes with the job	5 Essential 4 Very important 3 Fairly important 2 Not very important 1 Not important at all 8 Can't Choose
Lohnkriterium: Ausbildungsdauer	...the number of years spent in education and training	
Lohnkriterium: Beaufsichtigung anderer	...whether the job requires supervising others	
<u>Reines Leistungsprinzip</u>		
Lohnkriterium: Harte Arbeit	...how hard he or she works at the job	
Lohnkriterium: Gute Arbeit	...how well he or she does the job	
<u>Familialismus</u>		
Lohnkriterium: Familie	...what is needed to support a family	
Lohnkriterium: Kind	...whether the person has children to support	
<u>Marktliberalismus</u>		
Ungleichverteilte Gesundheitschancen sind gerecht	(Is it just or unjust – right or wrong – that people with higher incomes can...) ...buy better health care than people with lower incomes?	5 Very just, definitely right 4 Somewhat just, right 3 Neither just nor unjust, mixed feelings 2 Somewhat unjust, wrong 1 Very unjust, definitely wrong 8 Can't Choose
Ungleichverteilte Bildungschancen sind gerecht	...buy better education for their children than people with lower incomes?	